

Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat», 38. Jahrgang

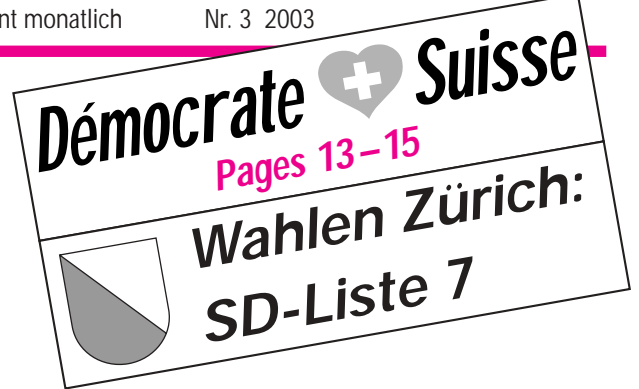
AZB 5332 Rekingen / Postcode 1

Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.–

Erscheint monatlich

Nr. 3 2003

Sterben die Schweizer aus?



Die Bevölkerungspolitik der Schweiz besteht in einer endlosen Kette von Versagen



Dr. med.
Jean-Jacques
Hegg,
Psychiater FMH,
Gemeinderat,
a. Nationalrat,
Dübendorf

Die demografische Lage der Schweiz ist völlig verkachelt. Die massive bevölkerungsmässige Überfremdung kommt nämlich nicht nur durch einen übertrieben grossen, der Kleinheit des Landes völlig unangepassten Einwanderungsüberschuss zu Stande. Als zweiter wichtiger Faktor erweist sich die zu geringe und weiter abfallende Geburtenrate der Einheimischen. Während sich die Öffentlichkeit des Einwanderungsproblems bewusst ist, wird der zweite Faktor von den Medien kaum thematisiert und weitgehend verdrängt. Es ist deshalb dringend, sich einmal auch mit diesem zu beschäftigen.

POSTCODE 1

AZB 5332 Rekingen

Die Geburtenrate der Schweizer ist in ihrer jüngeren Geschichte ständig abgesackt und sinkt weiter ab. Während die Zahl der lebend geborenen Schweizer (und Schweizerinnen!) 1960 noch 83'004 betrug, hat sie sich inzwischen auf 56'885 (Jahr 2000, letzte offizielle Zahl aus dem Statistischen Jahrbuch der Schweiz 2002) verkleinert, und dies notabene trotz grosserer Ge-

samtbevölkerung! Da im gleichen Zeitraum 58'190 Personen mit Schweizer Bürgerrecht verstorben sind, ergibt das trotz eifrigen Einbürgerungsbemühungen und vielen Einheiraten, die vor allem junge Leute betreffen, ein Schweizer Sterbeüberschuss von 1305! Die beiden Ziffern, mit welchen die Statistiker die Geburtenrate unabhängig vom Altersaufbau der Bevölkerung messen, sind der Index der Gesamfruchtbarkeit und der Nettoreproduktionsindex. Der erstere gibt die Zahl der Kinder an, welchen die Frauen im gebärfähigen Alter im Durchschnitt das Leben schenken, die zweite in welchem Masse die Bevölkerung sich durch Geburten reproduziert. Die erste Ziffer beträgt ungefähr etwas mehr als das Doppelte der zweiten, welche auch die Sterblichkeit vor Erreichen des vollen Fortpflanzungsalters berücksichtigt. Für die Erhaltung der Bevölkerung braucht es in hochindustrialisierten Staaten etwa einen Index der Gesamfruchtbarkeit von 2,15, da dazu ja mindestens zwei Kinder pro Frau nötig und darüber hinaus die vorzeitigen Todesfälle – nicht in allen Gesellschaften gleich häufig! – zu kompensieren sind. Der Nettoreproduktionsindex beträgt in einem solchen Fall genau 1,0.

Schrumpfendes Volk der Einheimischen

Der Index der Gesamfruchtbarkeit der Schweizerinnen, Eingebürgerte mitgerechnet, beträgt zur Zeit etwa 1,2; der Nettoreproduktionsindex rund 0,6. Das heisst, die Schweizer Bevölkerung schrumpft pro Generation um etwa 40 Prozent. Die entsprechenden Zahlen zur demografischen Lage der Eingeborenen sind nicht bekannt. Sie lassen sich, unter anderem wegen der Mischehen, auch nicht genau berechnen. Sie sind über den Dammn geipelt vermutlich aber noch tiefer als die Zahlen bei der Bevölkerung mit Schweizer Bürgerrecht insgesamt.

Rechnen wir die bereits eingewanderte und sesshafte Bevölkerung

Weder Islamisierung noch Amerikanisierung: SD wollen Frieden



Selten hat ein «Schweizer Demokrat» so viel Zuspruch aber auch Widerspruch provoziert wie die Februar-Ausgabe. Wir wurden gelobt, aber auch massiv aus den eigenen Reihen getadelt und sogar beschimpft. Um Missverständnisse zu beseitigen, halten die Schweizer Demokraten (SD) nochmals ihre Position fest: Die SD wenden sich mit Vehemenz gegen die anglo-amerikanischen Kriegspläne gegen die irakische Zivilbevölkerung. Ebenso verabscheuen wir die unmenschlichen Methoden des irakischen Alleinherrschers Saddam Hussein.

Sowohl die massenhafte Zuwanderung von Menschen aus dem islamischen Kulturraum wie auch die Ausbreitung des verderblichen amerikanischen «way of life» (Lebensgefühls) muss von patriotisch denkenden Menschen mit Entschiedenheit abgelehnt werden. Allen Amerikabewunderern sei ins Stammbuch geschrieben: Unser Land hat zunehmend mit zwei Überfremdungsphänomenen zu kämpfen. Einerseits hält die Massenzuwanderung von Menschen aus immer fremden Kulturen ungebremst an. Andererseits wird Europa – und somit auch die Schweiz – zusehends im kulturellen und wirtschaftlichen Bereich von Amerika in den Würgegriff genommen. Gerade die Erpressung der US-Ostküste im Zusammenhang mit den Zweit-Weltkriegsforderungen hat gezeigt, wie verletzlich ein Kleinstaat gegenüber den Weltherrschaftsbestrebungen der USA ist.

Bernhard Hess, Nationalrat und Chefredaktor, Bern

ohne Bürgerrecht, also die Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz mit, so kommen wir auf einen Index der Gesamfruchtbarkeit von etwa 1,5 beziehungsweise einen Nettoreproduktionsindex von 0,75. Das heisst, auch diese mitgerechnet schrumpft die Bevölkerung durch das Geburtendefizit immer noch um rund 25 Prozent oder ein Viertel pro Generation. **Im Unterschied zu dem, was allgemein geglaubt wird, stirbt die in die Schweiz eingewanderte Bevölkerung im Durchschnitt also ebenfalls aus, obschon zuzugeben ist, dass manche der eingewanderten Familien sehr gross sind!** Für sie beträgt der Index der Gesamfruchtbarkeit rund 1,8, was zusammen mit dem Index der

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 3 Leben und Umwelt
- 5 Asylpolitisches Hickhack – ein Ablenkungsmanöver?
- 5 Ist der Islam eine friedliche Religion?
- 6 Ethik und Moral?
- 7 Neutralität als oberster Grundsatz
- 8 Veranstaltungskalender
- 9 Aus den Kantonen
- 11 Kiko und sein Kakao
- 12 Der Leser hat das Wort

Sterben die Schweizer aus?

Fortsetzung von Seite 1

Schweizerinnen die Mischrechnung 1,5 ergibt.

Keine nachhaltige Bevölkerungsbewegung!

Die bevölkerungspolitische Lage der Schweiz ist den verantwortlichen Politikern natürlich bekannt. Deshalb verkünden sie ja auch immer wieder penetrant, dass die Schweiz Einwanderung brauche, um ihre sozialen Probleme und namentlich die Altersversorgung zu bewältigen. **Was sie jedoch verschweigen, ist der Tatbestand, dass der Einwanderungsüberschuss, den die Schweiz seit Jahrzehnten aufweist, viel zu gross ist, um bloss das Geburtendefizit auszugleichen. Aus ihm entsteht eine andauernde Bevölkerungsvermehrung! Bis es in der Schweiz nur noch Stehplätze gibt?** Er ist die Hauptursache dafür, dass die demografische Lage der Schweiz derart in der Sackgasse steckt! Oder – mit einem andern, zur Zeit modernen Wort: **die Bevölkerungspolitik der Schweiz ist nicht nachhaltig!**

Es ist auch zu sagen, dass die demografische Lage der Schweiz nicht immer so war wie heute. Dies den naiven Mitbürgern ins Stammbuch, die immer wiederholen, wir brauchten die Ausländer, damit sie uns die AHV bezahlen. Wie wenn Einwanderer nicht auch alt würden! Bei der ersten Einwandererwelle von Italienern in den spätem Fünfziger- und frühen Sechzigerjahren hatte die Schweiz noch eine ideale Geburtenrate, die weder zu einer ständigen Bevölkerungsvermehrung noch zu einem Aussterben führte. Sie war mit andern Worten nachhaltig. Erst die Einwandererwelle hat das demografische Gleichgewicht durcheinander gebracht. Bis zum heutigen Tag wurde es nicht wieder hergestellt. Dies sei den Märchenerzählern zur Schweizergeschichte gesagt, die immer wieder mit dem Argument kommen, die Schweiz habe in den ganzen letzten 50 Jahren Einwanderung gebraucht.

Ursachen des Geburtenschwundes

Was sind die Ursachen dieses Geburtenschwundes? Sie sind komplex und vielfältig und umfassen sowohl soziologische, psychosoziale, medizinische und ökologische Anteile. Die soziologischen sind die Änderung der Sozialstruktur mit dem Zerfall der Familientradition: immer mehr Einzelhaushalte, berufstätige Frauen, Konkubinate, Scheidungen, immer weniger Eheschliessungen, Hausfrauen; die materielle Schlechterstellung der Familien, unter anderem durch das Steuerrecht und die obligatorische Krankenversicherung mit den ständig wachsenden Prämien. Früher haben viele Krankenkassen die Kin-

der gratis versichert, weil sie auf zukünftige neue und gesunde Prämienzahler aus waren. Heute hat dies das Bundesamt für Sozialversicherung verboten! **Kinder haben ist in der Schweiz zum Armutsrisiko Nummer eins geworden!**

Damit ein Volk nicht ausstirbt, braucht es auch Familien mit mehr als zwei Kindern, um die freiwillige oder unfreiwillige Kinderlosigkeit auszugleichen. Manche Ehepaare können sich jedoch nicht einmal ein Kind leisten, weil der Mann zum Unterhalt einer Familie kein ausreichendes Auskommen heimbringt und die ausserhäusliche Betreuung eventueller Kinder zu teuer zu stehen käme. Die «Wirtschaft» ist auf der andern Seite auf Frauen als relativ billige Arbeitskräfte erpicht – trotz Arbeitslosigkeit! Deshalb unterstützt sie auch die Einrichtung von Kinderkrippen. Ich habe noch im Studium gelernt: «Ein Krippenkind ist ein gestörtes Kind». Dies nur zur Illustration, wie stark sich unsere Gesellschaft gewandelt hat, ob zum Besseren oder Schlechteren, bleibe hier dahingestellt! Vermutlich brauchen wir Kinderkrippen. Doch was nützt einem Volk eine gute «Wirtschaft», wenn es ausstirbt?

Zu den psychosozialen Gründen gehört vor allem das Klima der Überbevölkerungstickluft (Friedrich Nietzsche), das in der Schweiz durch die Masseneinwanderung entstanden ist. Die Motivation, eine Familie zu gründen, nimmt merklich ab bei Leuten, die in einer Umgebung wohnen, wo immer mehr Menschen auftauchen, die einem «auf den Hühneraugen herumstehen», und wo immer mehr Grünflächen überbaut werden, um den wachsenden Infrastrukturbedarf, Wohnungen, Arbeitsplätze, Strassen, Lagerhäuser usw. zu stillen. Die Ortstafeln innerorts und ausserorts rücken immer näher zusammen. Würden die gleichen Richtlinien wie in Nordamerika für die Schweiz gelten, gäbe es nur eine einzige Ortschaft von St. Margrethen bis Genfer Staatsgrenze!

Zu den medizinischen Gründen gehört die Abnahme der ärztlichen Skrupel gegen Abtreibungen und unfruchtbar machende Operationen, wirksamere Mittel zur Empfängnisverhütung im Zusammenhang mit der Angst vor Aids und entsprechende Änderungen der Gesetze sowie der Gerichtspraxis. **Dass ein Volk trotz schwindender Geburtenrate mehrheitlich die Einführung einer so genannten Fristenlösung, sprich einer gesetzlichen Erleichterung von Abtreibungen befürwortet, ist einigermassen alarmierend.** Aber auch die unfreiwillige Unfruchtbarkeit nimmt in den hochzivilisierten Ländern zu. Die Frauenärzte haben immer häufiger ihre Wartezimmer voll von Frauen, die gerne ein Kind bekommen möchten, aber keins bekommen. Das ist auch der Hintergrund, weshalb Dinge wie künstliche Befruchtung, heterologe Inseminati-

on (nicht durch den Ehemann) und Embryotransfer, Einpflanzungen künstlich gezeugter Ungeborener in die Gebärmutter immer aktueller werden. Tatsächlich ist medizinisch auch nachgewiesen, dass das Ejakulat, also die Menge des Samenergusses des Mannes, in den hochzivilisierten Ländern im Laufe der letzten hundert Jahre ständig abgenommen hat. Zudem ist der Anteil der missgebildeten Samenfäden, die nachweisbar unfruchtbar sind, ständig im Ansteigen.

Irreführung und Schönfärberei

Zu den ökologischen Gründen gehört die auch in der Tierwelt zu beobachtende Erscheinung, dass in einem Lebensraum, wo eine zu dichte Population beziehungsweise Bevölkerung der gleichen Spezies herrscht, die Fruchtbarkeit der Weibchen und vermutlich auch der Männchen abnimmt. Das Naturgesetz gilt höchst wahrscheinlich ebenfalls für den Menschen. In diesen Zusammenhang ist die Zunahme so genannt perverser und unfruchtbarer Sexualpraktiken, zum Beispiel Telefonsex, zu stellen. Es gibt aber auch direkte ökologische Einflüsse auf die menschliche Fruchtbarkeit durch Umweltvergiftung. Abbauprodukte von Kunststoffen haben zum Teil eine ähnliche chemische Struktur wie die Sexualhormone und wirken so auf die Fruchtbarkeit ein. Obschon die Befunde zum medizinischen Allgemeinwissen gehören und politische Implikationen haben, werden sie in der Öffentlichkeit und damit der Politik jedoch kaum erörtert! Überhaupt sind aus der Politik nur schönfärbische und den Volkzorn beschwichtigende Erklärungen zu vernehmen. Die Wissenschaftler hingegen sind fast alle an Hochschulen angestellt und abhängig von den Verwaltungen, die wiederum von der Regierungspolitik abhängen. Auch von ihnen sind deshalb keine warnenden Stimmen zu hören. Ein jüngstes Beispiel ist der irreführende Kommentar von Roland Schärer vom BFA, die Schweiz weise eine der tiefsten Einbürgerungsraten von Europa auf.

Politische Schlüsse

Was für Schlüsse für die Politik lassen sich aus den dargestellten Befunden ziehen? Sicher muss die Masseneinwanderung in die Schweiz endlich gestoppt werden. Das soll nun ja auch durch eine neue Volksinitiative geschehen. **Dringend ist jedoch auch eine andere, bessere Familienpolitik. Das wird von den Regierenden schon lange versprochen, mit Hinweis auf die schlechte öffentliche Finanzlage jedoch immer wieder hinausgeschoben.** Bis es in der Schweiz nur noch Ausländer gibt? Kinderlose Ehepaare leisten zwar keinen Beitrag zur Besserung der Lage. Es motiviert aber kaum zur Familiengründung, wenn als Erstes nach der

Heirat eine höhere Steuerrechnung ins Haus fliegt. Auch wohlhabende Personen sollen von steuerlichen Vorteilen profitieren, wenn sie Kinder haben, und nicht unter dem Schlagwort des Giesskannenprinzips davon ausgeschlossen werden. Dass Reiche mit Kindern und ohne Kinder praktisch die gleiche Steuerrechnung zu begleichen haben, ist ein Stein des Anstosses. Auch die Revision der Krankenversicherung ist dringend und weitere politische Massnahmen, die sich ohne weiteres aus dem dargestellten Zusammenhang ergeben wie zum Beispiel der Umweltschutz. **Während früher noch Sprüche zu hören waren, die Jugend sei die Zukunft des Landes, ist die passive Haltung unserer Gesellschaft angesichts der schwindenden Geburten unverständlich. Warum schlägt niemand Alarm?** Eher ist der Spruch zu hören, Kinder haben sei Privatsache. Wirklich?

Dass auch Ausländer in der Schweiz von dringenden familienpolitischen Gesetzesrevisionen profitieren, ist unvermeidlich und darf kein Grund zur Opposition bilden. Auch deren Altersvorsorge muss schliesslich geleistet werden! Die immer wieder gehörte Vorstellung, man könne ausschliesslich nur Arbeitskräfte ins Land holen, der Familiennachzug sei schlecht und man könne auf ihn verzichten, ist absurd und wirklichkeitsfremd. Man kann nur niemand ins Land holen wollen. Übrigens hat jede Gesellschaft zwangsläufig immer den gleichen Anteil «unproduktiver» Menschen. Entweder sie stirbt aus, dann ist der Anteil der alten Leute verhältnismässig gross. Oder sie wächst durch natürliche Vermehrung, dann ist der Anteil der jüngeren, Kinder und Halbwüchsigen gross. **Oder sie ist einigermassen stabil, dann besteht zwischen den Alten und Jungen ein Gleichgewicht. Nur eine solche Gesellschaft ist nachhaltig!** Das ständige Gejammer, immer mehr beruflich Aktive hätten für immer mehr Rentner zu bezahlen, ist ganz falsch am Platz. Eine solche Gesellschaft hat dafür weniger Kinder und Jugendliche zu versorgen! In einer ersten Phase nämlich die Einwanderung die mittleren Jahrgänge auf, in einer zweiten zwangsläufig die Zahl der alten Leute.

Anzeige



www.flexicards.ch

SBB Tageskarten
für nur Fr. 38.-
(OTTE HARDE ADI)

☎ 081/250 75 30



Schwalbenschwanz: Tier des Jahres 2003

Pro Natura hat den Schwalbenschwanz zum «Tier des Jahres 2003» ernannt. Er ist einer der grössten und schönsten einheimischen Tagfalter. Und er steht für das Schicksal einer ganzen Tiergruppe, das «Pro Natura mit ihrer neuen Kampagne ändern will.

«Schmetterband» nannte Polo Hofer seine Band, und ein Schmetterling war denn auch das Emblem des Berner Rockers. Jetzt hebt Pro Natura einen Schmetterling auf den Schild: den Schwalbenschwanz. Er ist das «Tier des Jahres 2003». Letztes Jahr hatte die Waldameise diese Ehre. Davor waren es Steinadler, Luchs, Laubfrosch und Biber. Mit dem «Tier des Jahres» will Pro Natura auf eine bestimmte Tierart und deren Schicksal aufmerksam machen.

Den Titel hat sich der Schwalbenschwanz verdient. Mit seinen gelben, schwarz gemusterten Flügeln und vor allem mit seinen namengebenden Fortsätzen an den Hinterflügeln verbreitet er reichlich Exo-

tik. Das ist in unseren Breiten selten. Der Schwalbenschwanz ist wohl deshalb einer der bekanntesten Tagfalter. Er ist aber auch ein geeignetes Aushängeschild, um auf das Schicksal seiner Verwandten



© Pro Natura erklärt den Schwalbenschwanz zum Tier des Jahres 2003.

aufmerksam zu machen. Still und leise haben sich die meisten Schmetterlinge aus der Landschaft verabschiedet. Von mehr als der Hälfte aller Tagfalterarten sind nur noch Restposten übrig geblieben, oft getrennt durch unbewohnbaren Siedlungsbrei und eintönige Agrarwüsten. Hier finden nur noch anpassungsfähige Allerweltsarten ein Auskommen.

Ganz so schlecht wie anderen Sommervögeln geht es dem «Tier des Jahres 2003» noch nicht. Der Schwalbenschwanz ist in der ganzen Schweiz bis über die Waldgrenze verbreitet. Für ihre Vermehrung braucht die Art verschiedene Doldenblütler und Rautengewächse – als Futter für die Raupen. Selbst Karotten- oder Fenchelkraut verschmähen sie nicht. So

überlebt die «Rüebli-raupe» als Kulturfolger in naturnahen Gärten, zum Teil auch in landwirtschaftlichen Kulturen. Besser passt es dem Schwalbenschwanz allerdings auf wenig genutzten Wiesen und Weiden oder in Saumlebensräumen wie ungepflegte Wegränder. Schwalbenschwänze fliegen ab Mitte April. Sie schlüpfen aus Puppen, die den Winter an einem geschützten Ort überdauert haben. Die neuen Falter haben vor allem eines im Sinn: sich fortzupflanzen und neue Lebensräume zu erobern. Sie paaren sich, legen Eier – und sterben. Aus den Eiern schlüpfen nach einer Woche kleine Raupen. Ihr Tagwerk besteht vor allem aus Fressen, damit sie rasch wachsen. Ab Ende Juni verpuppen sie sich und nach nur zwei Wochen ist die zweite Generation zum Schlupf bereit. Diese fliegt bis Mitte Oktober, und ehe sie zugrunde geht, bereitet sie die nächste Frühlingsgeneration vor.

Damit Schwalbenschwanz und Co. eine Chance haben, startet Pro Natura im März eine neue Kampagne. Die Organisation will mit Artenschutzprojekten den bedrohten Sommervögeln der Schweiz unter die Flügel greifen. Und mit Projekten für eine ökologische Landwirtschaft soll allen Schmetterlingen geholfen werden, die nach wie vor verbreitet aber nicht mehr häufig sind. Pro Natura will auch vermehrt die Öffentlichkeit für den Schutz dieser prächtigen aber zerbrechlichen Naturwunder gewinnen. Damit heutige Kinder Schmetterlinge nicht nur von Polos Plattencovers her kennen.

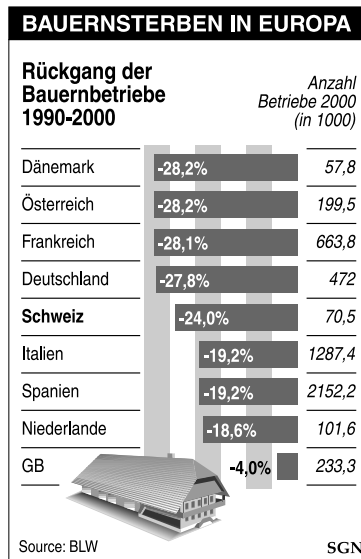
Schwierige Lage der Schweizer Bauern

Die Schweizer Bauern meistern die Herausforderungen der Agrarreform im Allgemeinen gut. Diesen Schluss zieht das Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) aus seinem dritten Agrarbericht, der in Bern vorgestellt worden ist.

BLW-Direktor Manfred Bötsch wehrte sich vor den Medien insbesondere gegen den Vorwurf, die Milchwirtschaft sei die Verliererin der neuen Agrarpolitik. «Gut strukturierte» Milch-, Mutterkuh- und auch Schweinemastbetriebe seien unter EU-Preisbedingungen schon heute konkurrenzfähig», sagte er. Bötsch verwies auf eine ETH-Studie, die im Auftrag des BLW erstellt worden war. Demnach könnten bestimmte Betriebe dieser Sparten – rund ein Viertel aller Schweizer Bauernhöfe – heute das EU-Preisniveau halten. Die Studie zeigt aber auch auf, dass der Schweizer Ackerbau in seiner heutigen Form bei EU-Preisen kaum eine Chance hätte. Betriebe bis zu einer Grösse von 30 Hektaren würden grosse Ein-

bussen erleiden, und selbst solche mit einer Grösse bis zu 50 Hektaren hätten Probleme. Die Struktur-reformen in der Schweizer Landwirtschaft müssten deshalb weiter vorangetrieben werden. Insbesondere müsse die Zahl der Betriebe verringert werden. Zwischen 1990 und 2000 ging die Zahl der Bauernhöfe in der Schweiz um 24 Prozent zurück; dies entspricht dem europäischen Mittel.

Nach dem «mittelmässigen Wirtschaftsjahr» 2001 verspricht das BLW eine Besserung. Das Nettoeinkommen des gesamten Sektors werde nach der schlechten Entwicklung im vergangenen Jahr praktisch wieder auf den Wert von 2000 ansteigen, sagte Bötsch. 2001 war das Nettoeinkommen der Branche um rund 8 Prozent auf rund 2,44 Milliarden Franken zurückgegangen (2000: 2,69 Mrd.). Die Endproduktion der Schweizer Landwirtschaft sank aufgrund des schlechten Wetters und der BSE-Krise um 4 Prozent auf rund 7,28 Milliarden Franken (2000: 7,63 Mrd.). Bötsch räumte weiter ein,



dass die Einkommen in der Landwirtschaft um einiges tiefer als die Vergleichseinkommen der übrigen Bevölkerung seien. Diese Unterschiede habe es jedoch auch schon

unter der alten Agrarpolitik gegeben. Es sei nicht «ganz korrekt», wenn gesagt werde, die Einkommen der Landwirte würden immer schlechter. Zwischen 1990 und 1995 seien diese zwar um mehr als 15 Prozent zurückgegangen. Seither sei aber wieder ein «gewisser Zuwachs» verzeichnet worden, wenn auch nicht mehr das Niveau von 1990 erreicht worden sei. Bötsch warnte weiter davor, nur isolierte Zahlen zur Analyse der Lage der Landwirtschaft herbeizuziehen. So sei der so genannte Arbeitsverdienst nur ein Indikator. Dabei handelt es sich um das Einkommen eines Bauern abzüglich den Zinsanspruch für investiertes Eigenkapital.

In einem Communiqué warf der Schweizerische Bauernverband (SBV) am Montag dagegen dem BLW vor, mit seinen Kommentaren den Agrarbericht 2002 politisch auszuschlachten. Die Situation werde beschönigt. Der Arbeitsverdienst liege seit 1999 durchschnittlich unter 34'000 Franken, schreibt der SBV weiter.

Mehr Tierquälerei durch EU-Erweiterung

(jhd.) Schon heute kennen wir die Bilder quälischer internationaler Schlachtviehtransporte quer durch die EU und das übrige Europa in den Nahen Osten und auch nach Nordafrika: in Container zusammengepferchte Rinder, Schafe, Pferde, Schweine, Hühner usw. ausgetrocknet, erschöpft, verletzt, sterbend oder schon tot auf Lastwagen und Schiffen, tage- und wochenlang unterwegs mit nur einem Ziel, den Schlachthof. Im Jahr 2001 wurden 3 Mio. Rinder, 30 Mio. Schweine, 1,5 Mio. Schafe über 250'000 Pferde und 500'000 Geflügel so durch die EU und weiter gekarrt. Zur Zeit müssen 50 Prozent der Schaf- und 75 Prozent der Pferdetransporte die EU-Grenze überschreiten. Das Vorgehen wird damit gerechtfertigt, dass das Fleisch frisch sein müsse. Hinzu kommen übertriebene Hygienevorschriften. Erschwert wird die Lage auch durch den Kostendruck wegen der Binnenmarktkonkurrenz, so dass immer mehr kleinere und mittlere Schlachthöfe und Metzgereien den Laden zu machen müssen.

Pferde leiden unter den unwürdigen Transportbedingungen besonders. Jährlich werden 140'000 Pferde vorwiegend aus Polen, Rumänien, Ungarn und Litauen in die Schlachthöfe der EU transportiert. Aber auch die Schweiz ist am skandalösen Geschehen beteiligt. Hier stieg der Pferdefleischimport im Jahr 2001 um über 11 Prozent. Zwei Drittel kommen aus Kanada und USA, wo die Schlachtpferde meist in zweistöckigen Viehtransportern über Tausende von Kilometern qualvoll in die Schlachthöfe gekarrt werden. «Die Produktion von Pferdefleisch ist ein gnadenloses Geschäft, bei dem Händler und Spediteure ohne Rücksicht auf das Wohl der Tiere knallhart kalkulieren», meinte der Tierfilmer Mark Rissi zu entsprechenden Videobildern einer US-Tierschutzorganisation.

Durch die bevorstehende Erweiterung der EU sollen diese Tierquälereien nun sogar ausgedehnt werden, wie Tierschutzverbände warnen. Zwar existieren für die

Tiertransporte detaillierte Richtlinien der EU-Kommission bezüglich Fahrzeiten, Lüftungsanlagen, Ruhezeiten, Ladedichten und auch Kontrollen. Aber schon ein Grossteil der heutigen Mitgliedstaaten schert sich einen Teufel um sie. Besonders Griechenland, Italien, Spanien, Portugal, die Niederlande, Irland und Frankreich stehen am Pranger. Deren Behörden nehmen weder innerhalb des Binnenmarktes noch an der EU-Aussengrenze ausreichend Kontrollen vor. An den EU-Grenzen wäre es mit relativ wenig Aufwand möglich, die Einhaltung der Vorschriften insbesondere bei Lastwagentransporten zu überwachen. Durch die Erweiterung der Union und des Binnenmarktes werden viele dieser Grenzübergänge aber verschwinden und ein Grossteil der Transporte zum reinen EU-Binnenverkehr werden. Die «Eurogroup for Animal Welfare», die europäische Dachorganisation der Tierschutzorganisationen, fordert deshalb einen grundsätzlichen Richtungswechsel mit Verschärfung der Transportrichtlinien und folgende Massnahmen:

– **Exportsubventionen für lebendes Schlachtvieh sollen abgeschafft werden. In der EU werden Überschüsse an Rindfleisch produziert. Mit Subventionen versucht die Union, diese im EU-Ausland abzusetzen, derzeit 300'000 lebende Rinder, welche den Händlern 44 Millionen Euro an Subventionen einbringen!**

– **Langzeittransporte sollen verboten werden. Grundsätzlich sollen die Schlachttiere zum nächstgelegenen Schlachthof gebracht und dort geschlachtet werden. Die Transportdauer sollte innerhalb desselben Landes auf maximal vier Stunden und innerhalb der EU auf acht Stunden, das heisst auf etwa 300 Kilometer begrenzt werden.**

– **Kühlketten für den Fleischtransport sollen ausgebaut und der Ausbau finanziell gefördert werden.**

– **Einschränkung des freien Warenverkehrs aus Tierschutzgründen. Ob die 15 EU-Agrarminister für die Forderungen ein Ohr haben werden, ist fraglich.**

Wasserprivatisierung oder Wasser für alle?

Die Wasserknappheit gehört zu den zentralen Problemen des 21. Jahrhunderts. Bis heute haben 1,4 Mia. Menschen keinen Zugang zu sauberem Wasser. 80% aller Krankheiten in diesen Ländern sind auf verschmutztes Wasser zurückzuführen. 4 Mio. Kinder sterben jährlich daran. Dies kümmert geldgierige Manager wenig. Sie haben die Wasserversorgung als geeignetes Spekulationsobjekt entdeckt. Zum Beispiel gewährt die Weltbank in Sri Lanka und in den Philippinen keine weiteren Kredite für den Wassersektor, bevor die Wasserversorgung nicht privatisiert ist.

Die Wasserversorgung ist ein natürliches Monopol. Fern von jeglicher demokratischer Kontrolle können private Manager die gesamte Bevölkerung mit stets höheren Wasserpreisen erpressen, um Millionen in ihre Taschen fliessen zu lassen. Die Greina-Stiftung ist entschieden der Meinung, dass das Wasser und die Wasserwirtschaft nicht privatisiert werden dürfen, weil unkontrollierte Monopole die

beste Voraussetzung für Vetternwirtschaft und Korruption zu Lasten der betroffenen Familien und Konsumenten bilden. Gerät die Wasserversorgung in die Hand weniger Manager, so haben sie weder Konkurrenz noch Wettbewerb. Sie allein bestimmen über die Preise. Familien und KMU bezahlen immer mehr.

Die multinationalen Wassergiganten sind bereits recht aktiv und schreiben hohe Gewinne wie z.B. Suez Lyonnaise des Eaux, Vivendi, RWE United Utility, Bouygues/Saur oder Enron. Bei der RWE trug das Wassergeschäft mit 563 Mio. Euro 21% zum Gesamtgewinn bei, obwohl der Anteil des Wassers am Konzernumsatz nur 4% ausmachte. Hier sehen Sie, wie lukrativ der Wassermarkt ist. Bei Enron verdiente der Präsident Kenneth Ley in drei Jahren über 200 Mio. Dollar. Riesige Geldbeträge, die von den kleinen Leuten, von allen Familien bezahlt werden und in die Kassen der Multis fliessen.

Schweizerische Greina-Stiftung

Gesundheitsschäden durch abgereicherte Uranmunition

In Basra (Irak) und Umgebung stellten die Ärzte ein häufigeres Vorkommen von Leukämien, Hautkrebsen und Geburtsschäden bei Neugeborenen und Kindern fest.

Die Erhöhung ist statistisch signifikant. Fachleute sind sich sicher,

dass das häufigere Vorkommen dieser Krankheiten und Gebrechen auf den Gebrauch von so genannter abgereicherter Uranmunition durch die US-Streitkräfte im Golfkrieg von 1991 zurückzuführen ist. Die Munition sendet radioaktive Strahlen aus.

Gletscher sind erneut kürzer

sda. Die Schweizer Gletscher schmelzen weiter. Dies hat die Messperiode 2001/2002 ergeben, die im Herbst abgeschlossen wurde. Von den bereits ausgewerteten 64 Gletschern zogen sich 58 zurück, nur zwei stiessen vor. Vier blieben gleich. Insgesamt werden in der Schweiz 121 Gletscher gemessen, wie die Glaziologische Kommission der

Schweizerischen Akademie der Naturwissenschaften (SANW) kürzlich mitteilte. 64 seien bereits ausgewertet und zeigten ein so einheitliches Bild wie schon lange nicht mehr: Sie zogen sich zurück.

Unmittelbarere Rückschlüsse auf das Klima lässt eine Messung des Massenhaushalts

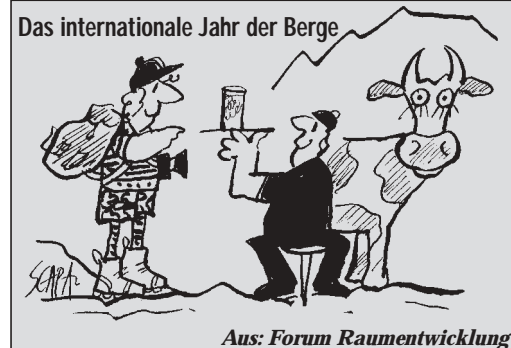
eines Gletschers zu. Diese Bilanz zwischen dem Schneesuwachs und dem Eisabtrag wird an den drei Gletschern Basödino (TI), Gries (VS) und Silvretta (GR) erhoben. Alle drei Gletscher erfuhren 2001/2002 einen Massenverlust. In der vorangegangenen Periode war ihre Bilanz hingegen positiv oder ausgeglichen.

Unser Wald ist weiter bedroht!

(ap./jhd.) Der Zustand des Schweizer Waldes ist das letzte Jahr weit gehend derselbe geblieben. Zwar habe die Anzahl der Bäume, die mehr als ein Viertel Kronenverlichtungen aufweisen, von 18,2 im Jahr 2001 auf 18,6 Prozent 2002 zugenommen, aber die Anzahl Bäume, die durch die Umweltbelastung gestorben seien, die so genannte Sterbestatistik, sei mit 0,4 Prozent ungefähr konstant geblieben, und auch der Borkenkäferbe-

fall habe nicht zugenommen. Dies teilte das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft sowie die Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft auf Grund der Sanasilva-Statistik der Presse mit.

Dies war gewissen Medien genug Anlass, mit Schlagzeilen wie «Unser Wald hat sich wieder erholt» aufzuwarten. Für wie dumm wird eigentlich der Leser von solchen Kommentatoren gehalten?



Asylpolitisches Hickhack – ein Ablenkungsmanöver

(csz.) Seit den Achtzigerjahren ist in der öffentlichen Diskussion über Einwanderungsprobleme das Asyl(un)wesen immer mehr in den Vordergrund gerückt. Der Zustrom von Asylanten ist unzweifelhaft ein grosses Ärgernis. Bei den Asylanten ist der Anteil nicht assimilierbarer Einwanderer aus Drittweltländern besonders gross und die Kriminalitätsrate sehr hoch. Zudem betrachten viele unseren – für die Schweizer aufgebauten – Sozialstaat als Selbstbedienungsladen und nützen ihn hemmungslos aus. Diese Umstände führten in den letzten Jahren dazu, dass sich der Missmut der Bevölkerung zunehmend gegen die Asylanten richtete. Dazu trug aber auch die geschickte Propaganda wirtschaftsbürgerlicher Kreise, na-mentlich der SVP, sehr viel bei. Sie lenkten die Aufmerksamkeit auf den Asylbereich, um umso ungehemmter ausländische Arbeitskräfte ins Land holen, die Wirtschaft zulasten von Natur und Landschaft noch mehr aufblähen und den einheimischen Arbeitnehmern die Löhne drücken zu können. Dies ist ein übles Ablenkungsmanöver, auf das leider auch viele Überfremdungsgegner hereinfließen.

Als 1970 über die Schwarzenbach-Initiative abgestimmt wurde, zählte die Schweiz ca. 930'000 ausländische Einwohner. Um die Initiative zu bodigen, versprach der damalige Bundesrat eine Stabilisierung der Ausländerzahl. Natürlich dachte die Regierung nicht im Traum daran, dieses Versprechen einzuhalten. Die ab 1975 einsetzende Rezession führte zwar zu einer leichten Abnahme der ausländischen Wohnbevölkerung, doch schon anfangs der 80er-Jahre begann die Zahl der Ausländer wie-

der massiv zu steigen. Nun nannten die Regierungsparteien als Ziel nur noch ein «ausgewogenes Verhältnis» von Schweizern und Ausländern, ohne aber jemals zu sagen, was dies in Zahlen bedeuten sollte. Obwohl seit 1970 Hunderttausende von Ausländern eingebürgert wurden, liegt deren Zahl inzwischen nahe bei 1,5 Millionen. Vom Einwandererheer, das nach und nach in die Schweiz einmarschierte, stammte (und stammt)

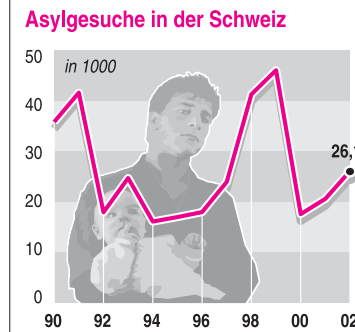
nur ein geringer Teil aus dem Asylbereich!

Auf diesem Weg kamen kaum zehn Prozent der heute in der Schweiz lebenden Ausländer ins Land. Dementsprechend sind es auch nicht die Kinder von Asylanten, die unsere Jugend in manchen Schulen längst in die Minderheit versetzt haben. Das Hauptproblem ist nach wie vor die Masseneinwanderung von Arbeitskräften, welche alsbald ihre ganze Sippschaft nachziehen und uns so regelrecht kolonisieren.

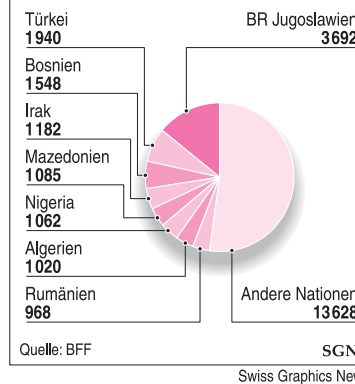
Darüber sprechen aber SVP & Co. nicht

denn an dieser Einwanderung verdienen die bürgerlichen Wirtschaftsbonzen ja kräftig. Die Kosten für die zusätzlich benötigte Infrastruktur – Strassen, Schulen, Spitäler usw. – hingegen darf die Allgemeinheit tragen. Die Profiteure der Masseneinwanderung wohnen in ausländerarmen Villenquartieren und Vororten. Steigt der Ausländeranteil in den Schulen trotzdem an, so schicken sie ihre Sprösslinge in teure Privatschulen. Die Nachteile der Einwanderung dürfen die Klein- und Mittelver-

DEUTLICH MEHR GESUCHE



Asylgesuche 2002 nach Herkunftsländern



diener tragen, die in den stark überfremdeten Gebieten leben müssen und deren Kinder in der Schule immer weniger lernen, weil die «Integration» der vielen Ausländer alle Kräfte bindet und den Lernfortschritt in vielen Klassen stark behindert.

Der Trick der Fremdarbeiterimporteure ist leider nur zu gut aufgegangen.

Inzwischen sprechen viele Bürgerinnen und Bürger nur noch von

der Asylpolitik, obwohl sie in Tat und Wahrheit unter der Arbeitsimmigration sehr viel stärker leiden. Sie reden von «Asylanten» und meinen eigentlich «Ausländer», vor allem solche aus fremden Kulturkreisen, zu denen eben auch das ehemalige Jugoslawien und die Türkei zählen. Selbst viele Schweizer Demokraten, die es ja eigentlich besser wissen, verfallen häufig in den verhängnisvollen Fehler, nur noch die Asylpolitik zu kritisieren und zu übersehen, dass nicht nur diese, sondern

die gesamte Ausländerpolitik falsch

ist und unbedingt einer scharfen Korrektur bedarf. Wenn wir dies erreichen wollen, müssen wir als Erstes das Ablenkungsmanöver der bürgerlichen Parteien (und hier vor allem der SVP) anprangern, wo immer sich die Gelegenheit dazu bietet. Nur so lässt sich vermeiden, dass viele gut meinende Bürger, die einen Einwanderungsstopp möchten, diese politischen Falschmünzer wählen, statt die Schweizer Demokraten und damit die Abwehrkraft gegen die Masseneinwanderung schwächen, statt sie zu stärken.

Bei den bevorstehenden Kantonsratswahlen im Kanton Zürich und in Baselland besteht eine gute Möglichkeit, die Bevölkerung über diese Zusammenhänge aufzuklären. Alle Schweizer Demokratinnen und Schweizer Demokraten sind aufgerufen, in ihrem Umfeld darum zu kämpfen, dass das besagte Ablenkungsmanöver endlich aufgedeckt und eine umfassende Änderung der gesamten Ausländerpolitik möglich wird.

Ist der Islam eine friedliche Religion?

Es ist eigenartig. Nach dem 11. September wurde von den Medien, den Kirchen und Politikern verkündet, der Islam sei eine friedliche Religion und hätte nichts mit dem Terror zu tun! Wer aber die Geschichte des Islams kennt, der weiss, dass Gewalt praktisch von Beginn an das Mittel war, um die neue Lehre zu verbreiten. Heute ist der Islam immer noch gewalttätig, so in Indonesien, auf den Philippinen, im Sudan, in Pakistan und in vielen Ländern Afrikas. So ist kürzlich in Nigeria eine Million Christen vom Stamm der Tiv vertrieben worden. Verschiedene islamische Frauen in der Schweiz machen keinen Hehl daraus, auf offener Strasse den Christen zu sagen, dass sie uns durch Gebären besiegen werden. Im Frühjahr 2002 hat in der Sendung Doppelpunkt Radio DRS 1 dies auch indirekt be-

stätigt und aufgelistet. Laut dieser Radiosendung leben zur Zeit über 300'000 Muslime in der Schweiz. Mit einer Entwicklung, wie sie zur Zeit im Gang ist, werden es in zehn Jahren laut DRS 1 ca. 1,5 Mio. und in zwanzig Jahren sogar 4 Mio. sein (die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung). Dies ist allerdings mit Vorsicht zu geniessen, wenn wir Schweizer vorher doch noch aus dem Dornröschenschlaf erwachen! Es ist wichtig, dass wir hier im Westen eine schonungslose Aufklärung über das Selbstverständnis des Islams erhalten. Es ist nicht verständlich, dass unsere Kirchen zum Teil den Bau von Moscheen befürworten und die Einführung von multireligiösem oder gar Islam-Unterricht vorantreiben! Wissen denn unsere Kinder nicht, wie in den Moscheen gegen den Westen gehetzt wird? Wie Hass

und Liebe gepredigt wird. Auch wenn wir davon ausgehen, dass bei uns noch relativ «harmlos» geredet wird. Wir verstehen ja nicht türkisch oder arabisch. Auch Helmut Schmidt sagt in seinem jüngsten Buch, er möchte gern wissen, was in den Moscheen gepredigt wird... In England musste der Bibelvers: «Ich bin der Weg, die Wahrheit und das Leben» von einer Kirche auf Befehl des Bürgermeisters entfernt werden. Die Moschee durfte aber ihren Spruch über Allah hängen lassen. Als der Pfarrer reklamierte, wurde ihm vom Bürgermeister gesagt, man solle tolerant sein... Auch bei uns gilt: Toleranz vor Wahrheit. Einseitige Toleranz. Verharmlosung noch und noch. Die Terroristen berufen sich doch auf den Koran und Kampfgebote. **Es wäre an der Zeit, sich zu informieren.**

Eine Minderheit, das zeigt die Geschichte, kann eine Mehrheit mitreissen. Ich will aber auch betonen, dass wir die Muslime hier achten und ihnen freundlich, ja sogar in Liebe begegnen sollen. Wir akzeptieren nicht die Lehre des Islams, aber die Menschen müssen wir lieben. Denn sie sind nach meiner Meinung ja Opfer einer Gesetzesreligion. (Die liberale Theologie sieht das natürlich anders.) Und wir können auch noch einiges von ihnen lernen. Z.B. die Treue im Gebet (Wobei eben beim Islam die grosse Gefahr besteht, dass es nur ein Ritual ist). Es kommt auf die Herzenshaltung an. Juden, Christen und Muslime brauchen Jesus. Nur er rettet, gibt ewiges Leben und kann Frieden stiften! (Buchempfehlung: Der 11. September, der Islam und das Christentum, Benedikt Peters Verlag CLV, Bielefeld.)

Gerhard Schreiber, Wegenstetten

Sind Ethik und Moral zu wohlfeilen Gebrauchsartikeln in unserer westlichen Kommunikationsgesellschaft verkommen?

Diese Frage drängte sich auf, als – am TV kommentarlos übertragen – der derzeitige amerikanische Präsident im Rahmen des breakfast prayer des Kongresses mit tragisch ernster Miene zu Gott um Frieden in der Welt und für sein Volk betete. Gleichzeitig lässt er eine hochtechnisierte Streitmacht am Golf aufmarschieren mit der täglich ernster zu nehmenden Drohung, einen Krieg vom Zaun brechen zu wollen. Einen Krieg gegen einen schon von Präsident Bush sen. geschlagenen, aber angeblich für die Welt noch immer brandgefährlichen, blutrünstigen Diktator. Allerdings fehlen für diese Behauptung trotz aller Bemühungen handfeste Beweise. Extrem irritierend ist die Tatsache, dass dieser schreckliche Herrscher bei der heutigen Weltmacht keinerlei Proteste auslöste, als er ihren Zielen im Kampf ge-

gen die iranischen Mullahs dienlich war. Vielmehr wurde er in einem Krieg protegiert, der Hunderttausenden junger Iraker und Iraner das Leben kostete. Und jetzt umwirbt eben diese Weltmacht die Iraner, um sie für den Kampf gegen Irak zu gewinnen. Eine ähnliche Parallele kennen wir vom Krieg in Afghanistan. Da wurde ein Regime (Taliban) solange aufgebaut und gestützt, als es den eigenen Interessen nützlich und willfährig war. Dann wurde ein unglaublich zerstörerischer Krieg mit einer überlegenen Kriegsmaschinerie angeblich zur Befreiung der unterdrückten Frauen geführt. Das Resultat spricht Bände über die Folgen solcher Kriegseinsätze; Stichwort Kollateralschäden! Höchste Moralvorstellungen werden für den weltweiten Krieg gegen den Terrorismus bemüht. Nur scheinen Ethik und Moral dort keine Rol-

le zu spielen, wo befreundete, respektive verbündete Regimes den Staatsterror brutal gegen die Zivilbevölkerung einsetzen. Beispiele sind: Russland/Tschetschenien; Israel/Palästina; Saudi Arabien/Fremdarbeiter etc. Aber was bedeuten eigentlich Begriffe wie «Ethik» und «Moral»? Unter «Ethik» versteht man die Gesamtheit sittlicher Normen und Maximen, die einer verantwortungsbewussten Einstellung zu Grunde liegen. Es fällt auf, dass bei dieser Definition keine endgültigen, unveränderbaren Massstäbe angesprochen sind. Oder andersherum: die «verantwortungsbewusste Einstellung» hängt sehr wohl von der Information eines Volkes oder eines Standes ab. Diese aber ist – wie seit den Dreissiger Jahren des letzten Jahrhunderts sattfam bekannt – mit modernen Masskommunikationsmitteln dramatisch manipulierbar.

Unter «Moral» versteht man die Gesamtheit von ethisch-sittlichen Normen, Grundsätzen, Werten, die das zwischenmenschliche Verhalten einer Gesellschaft regulieren, von denen sich die Menschen einer bestimmten Gesellschaft jeweils leiten lassen. Angesichts der aktuellen, politischen Entwicklungen, deren treibende Kräfte offensichtlich einen Krieg wollen, darf die Frage gestellt werden, welche Werte der Moral der Regierung der «einzigen Weltmacht» zu Grunde liegen.

Dietrich Bonhoeffer, der 1945 als unerschrockener Kämpfer für ei-

ne christliche Moral dem nationalsozialistischen Terror zum Opfer fiel, mahnte nachdrücklich gegen den Krieg, als das Säbelschneiden – damals von deutscher Seite – zum guten Ton gehörte.

Zitat: «Der Krieg ist unbedingt zu ächten, nicht aus schwärmerischer Aufrichtung eines Gebotes – also etwa des fünften – über andere, sondern aus Gehorsam gegen das uns heute treffende Gebot Gottes, dass Krieg nicht mehr sein soll, weil er den Blick auf die Offenbarung raubt.»

Er verlangte dann auch, dass die christlichen Kirchen so nachdrücklich Frieden einfordern müssten, dass «die Welt zähneknirschend das Wort vom Frieden vernehmen muss.»

Wer die Ehre hat, zum nächsten breakfast prayer des amerikanischen Kongresses geladen zu werden, sollte den Appell von Dietrich Bonhoeffer in aller Nachdrücklichkeit am selben Pult in Erinnerung rufen, an dem G.W. Bush in diesen Tagen um den Frieden in der Welt und den Segen für sein Volk gebetet hat.

Hans Spitz



Der Irak ist eines der ölreichsten Länder der Welt. Mit Reserven in Höhe von 15,1 Milliarden Tonnen lagern dort elf Prozent der derzeit bekannten weltweiten Ölreserven. Damit verfügt der Irak nach Saudi-Arabien über die zweitgrössten Ölreserven der Welt. Demgegenüber war die Ölförderung mit 98 Millionen Tonnen im Jahr 2001 vergleichsweise gering (drei Prozent der Welt-Rohölförderung). Das ist eine Folge des UN-Embargos nach dem Golfkrieg 1991/92. Nach den alliierten Luftangriffen auf den Irak und der Kapitulation wurde das Öl-Embargo verlängert. Erst seit 1996 darf der Irak zum Kauf von Lebensmitteln wieder geringe Mengen Öl exportieren («Oil for Food»-Programm).

Wann endlich Verbot von Kosmetiktests?

1998 hatte die Europäische Union (EU) beschlossen, Crèmes, Parfüme und Lippenstifte nicht mehr an Tieren zu testen und verordnete ein Verkaufsverbot von Kosmetika, die auf diese Weise getestet wurden. Deshalb hatte die EU eine «Weisung» in diesem Sinn erlassen. Doch im vergangenen Oktober haben die Politiker aus Brüssel ihr Wort zurückgenommen, indem sie das Inkrafttreten des Verbots bis «sine die» aufschoben. Ein Entscheid, der jährlich 50'000 Tiere mit Lippenstiften entstellt, mit Parfümen lebend verbrennt, mit Crèmes jeglicher Art unheilbar vergif-

tet und mit den schlimmsten Qualen zum Tod verurteilt. Sogar das europäische Parlament hat dieses Vorgehen seiner Kommission, der EU-Regierung, kritisiert und ihr vorgeworfen, sie gebe «wiederholt den Profiten der Industrie den Vorrang, indem sie Tierquälereien ausser Acht lasse und die öffentliche Meinung ignoriere».

Die europäische Kommission hat vorgeschlagen, das Verkaufsverbot durch ein Verbot der Tests zu ersetzen. Mit anderen Worten: die Labors in Länder ausserhalb der EU zu verlegen. Vielleicht in die Schweiz?
Aus: *Horizonti*



Neutralität als oberster Grundsatz

Eben vernahm man, dass die Schweiz militärische Überflüge seitens der USA/Grossbritannien nicht gestatte, im Gegensatz zum Balkankrieg. Die Frage der Neutralität wird im beinahe 500-seitigen Buch «Giuseppe Motta, Dreissig Jahre eidgenössische Politik» von J. R. von Salis (1941), einem «alten Schunken» zwar, eindrucklich beantwortet.

Völkerbund und UNO

Als unser Aussenminister stand Motta im Rampenlicht der damaligen Genfer Institution. Die Vollversammlung hatte nur ganz geringe Kompetenzen. Die Siegermächte von 1918 bestimmten alles, wie heute der Sicherheitsrat. Immerhin hatte Motta in Genf – gegenüber Unverständnis – die «umfassende Neutralität» der Schweiz bis zum Äussersten verteidigt. Dieses Unverständnis regiert weiter im New Yorker Glaspalast. Ob je ein Schweizer in New York angehört wird, wie Motta in Genf, ist fraglich. Motta hatte aber auch einen andern Hintergrund als heutige Delegierte. Motta (1871 bis 1940) hatte Wurzeln beidseits des Gottshards. «Meine Familie hatte die

Posttransporte zwischen Faido und dem Hospiz in Pacht, mit um hundert Pferden, Wagen, Schlitten und dem für einen solchen Betrieb nötigen Personal». Ihre Häuser waren als die einzigen in Airolo aus Stein gebaut. 1883 starb schon sein Vater. «Die Eröffnung der Gotthardbahn war für uns in materieller Hinsicht ein Unglück; ich glaube sogar, dass mein Vater daran gestorben ist».

Was viele Tessiner auszeichnet, ist die Sprachbegabung: von den Urner Grossmüttern lernte er Schweizerdeutsch, im Collegio Ascona dazu Schriftdeutsch und Französisch, beides vertieft dann in Freiburg i.Ü. und Heidelberg. Zuerst Advokat in Airolo, war seine Wahl in den Bundesrat (1912) noch mit Lohneinbusse verbunden gewesen. Während 28 Jahren setzte er sich als Finanzminister (bis 1920), danach bis zu seinem Tod als Aussenminister für unser Land ein. Zuletzt abgearbeitet und krank, sprach er letztmals an der Landi zu den Auslandschweizern «mit grosser Frische und Energie» über die durch sein Bemühen «vollständig zurückeroberte und von allen anerkannte Neutralität. Dabei muss man sich in die Lage der

Schweiz von 1939/40 versetzen! Durch die ganze Biographie des Historikers Jean Rodolphe von Salis hindurch zieht sich wie ein roter Faden die Frage der seit Marignano freiwillig eingegangenen und auch militärisch durchgezogenen Neutralität. Diese wurde vielfach, in unserer Zeit durch Mussolinis Abessinien-Abenteuer, dann besonders nach 1939 in Frage gestellt. Aus immer wieder sich ergebenden kniffligen Lagen (und Unverständnis der «Mächte») fand Motta einen gangbaren Weg. Einzig mögliche Politik sei: Herr im eigenen Haus zu bleiben, die Würde unter allen Umständen zu verteidigen, im Übrigen die Völker gewähren zu lassen.

Beim Völkerbund hatten einzig die Grossmächte (die Sieger von 1918) das Sagen. Die USA und Russland waren nicht Mitglied. Bei der UNO ist es nicht besser. Die Grossen bilden den Sicherheitsrat, alle Übrigen sind «zahlende Gäste». So jetzt auch die Schweiz. Motta hat es im Völkerbund erlebt. In seine Zeit als Schweizer Delegierter fielen:

– Wegfall der Frankreich (zugunsten der Schweiz) auferlegten Neutralisierung Hochsavoyens;

– der jahrzehntelange Streit um die Freizonen um Genf;
– der von Vorarlberg 1919 gewünschte Anschluss an die Schweiz.

Alle diese die Schweiz betreffenden Fragen gingen zum Nachteil der Schweiz über Genfs Bühne. Das allereinzige, was Motta mit immer neuem Nachhaken erreichte, war die Wiedererlangung der (im Abessinien-Krieg angekratzten) integralen Neutralität. Immer wieder stösst diese auf Unverständnis, wie es die Anfrage aus Washington wegen Überflugrechten zeigt. Wird es ein Schweizer Delegierter in New York wagen, gegen Drohungen wie «tot oder lebendig» etwas zu sagen? Motta hätte solches – zwar diplomatisch verpackt – zweifellos getan. Was er seinen Tessinern (im Testament) ans Herz gelegt hat: «Liberi e Svizzeri rimanga il motto in perpetuo», gilt auch für uns. Wenn wir auch immer nachgeben mussten, so führen wir keine Kriege, weder «gerechte» noch «ungerechte». **Freie Schweizer auf ewig fällt nicht als Geschenk einfach so vom Himmel.**

Robert Berner, Rheinfelden

Beim Votum ums Weisse Haus hat die jüdische Lobby die Qual der Wahl

Wer hat die meisten Juden?

(SD/He.) Für das nächstjährige Rennen ums Weisse Haus laufen sich die Bewerber bereits warm. Die bekanntlich besonders einflussreiche jüdische Gemeinschaft in den USA dürfte diesmal eine besondere Qual der Wahl haben. Der republikanische Kandidat um den Präsidentschaftsposten, Amtsinhaber Bush, kann, wie auch sein wahrscheinlicher Widersacher von den Demokraten, Senator Joe Lieberman, eine beeindruckende Zahl von Juden in seinem Stab ins Feld führen. Zu den prominenten Politikern aus jüdischen Familien in Bushs Regierungszahl zählen Paul D. Wolfowitz, der Vizeverteidigungsminister, Richard Perle, der sicherheitspolitische «Chefdenker», Ari Fleischer, Bushs Regierungssprecher, Josh Bolten, der stellvertretende Stabschef im Weissen Haus, Ken Melman, der politische Direktor des Weissen Hauses, Jay Lefkowitz, der Direktor des Rates für Innenpolitik, Danie Fried, Hauptberater Bushs für Europäische und Eurasische Fragen, Brad Blakeman, Bushs Planungsdirektor, Dov Zakheim, Unterstaatssekretär im Verteidigungsministerium, Lewis Libby, Stabschef des Vizepräsi-

denten, Chris Gersten, Abteilungschef im Familienministerium, Elliott Abrams, Direktor des Nationalen Sicherheitsrates für Mittelost-Fragen, Mark D. Weinberg, Abteilungschef im Ministerium für Wohnungsbau und Stadtentwicklung, Douglas Feith, Unterstaatssekretär im Verteidigungsministerium, Michael Chertoff, Abteilungschef im Justizministerium, Bushs Redenschreiber David Frum und der Verbindungsmann des Präsidenten zur jüdischen Gemeinschaft, Adam Goldman. Jüdische Diplomaten wirken als US-Botschafter in Israel (Daniel Kurtzer), den Niederlanden (Clift Sobel), Dänemark (Stuart Bernstein), Ungarn (Nancy Brinker), Singapur (Frank Lavin), der Slowakei (Ron Weiser), Italien (Mel Sembler) und Uruguay (Martin Silverstein).

«Ass im Ärmel»

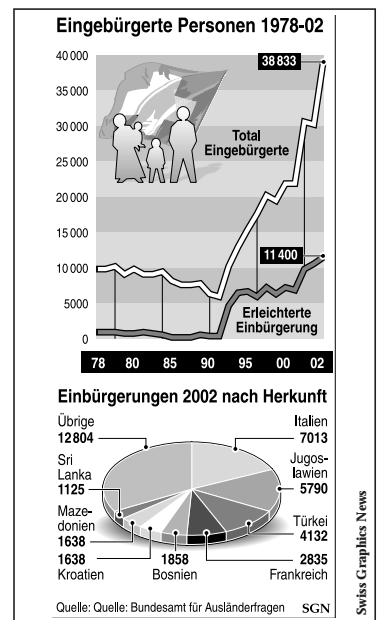
Mister Lieberman wird sich also besonders anstrengen müssen, seinen Kontrahenten an Juden zu überbieten. Allerdings hat er ein Trumpf-Ass im Ärmel (bzw. auf dem Stammbaum): Er ist selber ein, Bush nicht.

Tiefste oder höchste Einbürgerungsrate?

Es ist wieder die Zeit, da das Bundesamt für Ausländerfragen (BFA) seine neuesten Zahlen zur Ausländerstatistik bekannt gibt und kommentiert. Die Zahl der Einbürgerungen hat mit 38'883 Personen, die 2002 den Schweizerpass erhielten, einen geschichtlichen Rekord und damit einen Wert erreicht, der in der Grössenordnung vergleichbar ist mit der Geburtenziffer der Schweizer Bevölkerung, die immer weiter absackt. Dennoch behauptet Roland Schärer vom BFA in seinem Kommentar anlässlich der Pressekonferenz, die Schweiz habe eine der tiefsten Einbürgerungsrate in Europa. Wie kommt der Widerspruch zu Stande? Das BFA wendet einen faulen Trick an und misst die relative Höhe der Einbürgerungsrate an der Zahl der in der Schweiz lebenden ausländischen Wohnbevölkerung statt an der Zahl der Personen mit Schweizerbürgerrecht (oder zumindest – als Kompromiss, auf den sich alle einigen könnten – an der Gesamtbevölkerungszahl der Schweiz!) Würde es – was meines Erachtens korrekter wäre! – letztere Bezugsziffer nehmen, käme es zum Schluss, dass die Zahl der Einbürgerungen eine der höchsten in Europa wäre! Das BFA verwendet also den Tatbestand, dass die Schweiz bevölke-

rungsmässig stark überfremdet ist, auch noch zur Unterstellung, sie bürgere zu wenig ein! Wir verlieren unsere eigene Kultur, wenn wir auf Teufel komm raus schlecht assimilierte Ausländer einbürgern. Übrigens hat auch 2002 der Ausländerbestand weiter zugenommen und das trotz der wachsenden Zahl von Einbürgerungen und Arbeitslosen!

Jean-Jacques Hegg





Kanton Aargau



Nationalratswahlen vom 19. Oktober 2003









Die ersten Nominierungen der SD Aargau für die Nationalratswahlen

Der Kantonalvorstand der Schweizer Demokraten SD des Kantons Aargau hat an seiner Sitzung in Hunzenschwil die ersten Nominierungen für die Nationalratswahlen vom 19. Oktober 2003 vorgenommen. Die bereits für die Ständeratswahlen nominierte Lidwina Wieder-

kehr, Rekingen, kandidiert ebenfalls für die Nationalratswahlen. Der SD-Kantonalvorstand hat ferner die ersten Listenplätze verabschiedet und schlägt dem Kantonalparteitag folgende Kandidatin/Kandidaten vor:

1. Kunz René, SD-Kantonalparteipräsident/Pressechef, Reinach
 2. Wiederkehr Lidwina, Vizeammann, Rekingen
 3. Aeschbach Kurt, Grossrat, Dürrenäsch
 4. Dr. Najman Dragan, Einwohnerrat, Grossrat, Baden
 5. Müller Urs, e. Grossrat, Schöftland
 6. Flückiger Ernst, Grossrat, Oftringen
 7. Bircher Daniel, Rheinsulz
 8. Lüscher Adolf, Grossrat, Oberentfelden
 9. Favre Bernard, Einwohnerrat, Nussbaumen
- SD des Kantons Aargau, Parteipräsident René Kunz, Reinach*

Veranstaltungskalender

Kanton	Sektion	Veranstaltung
Aargau 	Bezirke Baden / Brugg / Zurzach Aargau West	Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr bei Aarau
Baselland 	Sektion Reinach und Umgebung	Jeden 1. Montag im Monat um 19.30 Uhr Stamm im «Reinacherhof»
Basel Stadt 	Kantonalpartei Basel	Stammtisch jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Rheinfelderhof
Bern 	Stadt Bern Bern-Land Köniz Sektion Berner Oberland Sektion Oberaargau/ Mittelland/Emmental Sektion Schwarzenburg/Seftigen/Laupen Sektion Thun/Konolfingen	Stammtisch jeden letzten Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern. Höck am 11. April 2003, 19.30 Uhr im Bären in Oberbalm. Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Brunnenhof, Landorfstrasse 29, Köniz Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg Stammtisch jeden dritten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Fankhauser in Langenthal, Tel. 062 922 79 29 SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg Stamm jeden letzten Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Romantic, Pestalozzistr. 95, Thun
Luzern 	Innerschweiz	Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstrasse 103, Luzern
St. Gallen 	Sektion Wil und Umgebung Sektion Stadt St. Gallen und Umgebung	Informationsabend jeden 2. Montag im Monat um 20.00 Uhr im Restaurant Fass in Wil. Weitere Informationen erhalten Sie unter www.infowil.ch/sd-wil ?? März: EW Kubel Besichtigung 14 Uhr, Treffpunkt 13 Uhr, Restaurant Stocken, St. Gallen 26. März: Stamm, ab 19.30 Uhr, Rest. Hirschen, St. Gallen, St. Fiden (Vortrag von T. Uhler «Grossbrände in St. Gallen»)
Ob-/Nidwalden 	Sektion Unterwalden	Stammtisch jeden letzten Montag im Monat ab 20 Uhr im Saal des Restaurant Sternen in Ennetbürgen (NW)
Zürich 	Sektion Bülach Sektion Dielsdorf Sektion Hinwil Sektion Limmattal Sektion Uster Sektion Winterthur	Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Airport an der Oberhauserstr. 30, 8152 Opfikon-Glattbrugg, Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hardegg (beim Bahnhof), Regensdorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Bahnhof, Bubikonstr. 9, Dürnten Stammtisch jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Nassacker in Schlieren Stammtisch jeden zweiten Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hecht in Dübendorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hörnli, Winterthur-Töss

Denkwürdiges

Gemeinderat tritt ab

(sda) In der kleinen Waadtländer Gemeinde Vugelles-la Mothe ist der Gemeinderat in corpore zurückgetreten. Die Behörde protestiert damit gegen die Absicht, in der rund 100 Einwohner zählenden Gemeinde nördlich von Yverdon ein Zentrum für 65 Asylbewerber zu errichten.

14 Flüchtlinge anerkannt

(ap) Im vergangenen Jahr hat Japan nur 14 Asylbewerber als Flüchtlinge anerkannt. Sechs der Neuankommlinge stammen aus Afghanistan, weitere Angaben verweigerte das Justizministerium. Die nun anerkannten Zuwanderer wurden aus einer Liste von 250 Bewerbern ausgewählt.

Anzeige

Steuererklärungen

(ganze Deutschweiz)

Formular ausgefüllt ab Fr. 95.-
AHV-Bezüger(innen) ab Fr. 65.-

Sie können uns Ihre Unterlagen auch per Post zustellen.

Betriebsberatung + Treuhand

Friedrich Auf der Maur
Stationsstrasse 12, 8604 Hegnau
Tel. (01) 946 00 51, Fax (01) 946 00 52



Weshalb Abbau der Zollposten?

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Ruth Metzler

Sie wollen unsere neutrale und unabhängige Schweiz an die EU-Staaten koppeln, obwohl das Volk Nein zur EU gesagt hat und unsere Unabhängigkeit und Neutralität erhalten wollte. Sie geben vor, die katastrophale Lage in Ihrem Zuständigkeitsbereiche Asyl sei nur mit dem Dubliner Abkommen der EU in den Griff zu bekommen. Sie machen dem Bürger einmal mehr Hoffnung, mit der EU Probleme mit Asyltouristen und speziell mit «Papierlosen» aus Afrika nur so lösen zu können.

Erlauben Sie uns darum folgende Frage: Warum haben Sie – seit Ihrem Amtsantritt – rund um unser Land die Grenz- und Zollposten Schritt um Schritt abgebaut? Warum, Frau BR Metzler, hat es an Hunderten von Grenzposten ab 18.00 Uhr und ausgerechnet in der (dunklen) Nacht keinen einzigen Beamten mehr? «Einwanderer» können mit ganzen Bussen bis ins Herz der Schweiz fahren, ohne

Kontrolle, ohne Papiere und ohne Nachweis eines Grenzübertretes. Wenn diese «Asylanten» irgendwo im Hinterlande angekommen sind und dann ihre Pässe verstecken oder sogar vernichten, kann ihnen niemand mehr nachweisen, über welche Grenze sie gekommen sind! Genau das aber verlangen unsere EU-Nachbarländer, wenn sie von uns illegale zurücknehmen sollten!

Warum also, Frau BR Metzler, dieser jahrelange Abbau der Grenzkontrollen? Glauben Sie tatsächlich, dass unser Volk nicht merkt, was gespielt werden soll? Wir bitten Sie und fordern Sie in aller Form auf, endlich für unser Land und unser Volk aktiv zu werden. Machen Sie Schritte, um einen unfairen, milliarden schweren Asyltourismus für fragwürdige, zu oft kriminelle Elemente zu unterbinden, damit unsere Hilfe vorort und für alle in den armen Ländern geleistet werden kann!

*SD Thurgau,
Kantonale Parteileitung*

Teure Schweiz – Arbeitsplätze ade!

Eben hat unser Land mit 139 Indexpunkten das höchste Preisniveau Europas erreicht, gefolgt von Norwegen (125) und Dänemark (124). Leben und produzieren ist hier viel teurer als in jedem anderen Land! Der EU-Indexdurchschnitt beträgt 100 Punkte. Ist es also nicht verständlich, wenn immer mehr und immer wertvollere Arbeitsplätze verschwinden?

Leider haben Regierende, Regierungsparteien, viele Medien und Experten wichtige Zusammenhänge immer noch nicht begriffen: In einem kleinen, dicht besiedelten Lande können nicht jedes Jahr ganze Heere von Menschen aus aller Welt aufgenommen werden! Zwar kann das Baugewerbe Häuser, Strassen und andere bauliche Bedürfnisse befriedigen und so auf «Wachstum» machen. Aber dieser Schachzug ist kontraproduktiv. Jährlich mehr Einwanderung, nicht zuletzt über unseren milliarden schweren Asylleerlauf und unsinnig abgebaute Grenzposten, ist kontraproduktiv! Seit der Amtsübernahme von Frau Bundesrätin Metzler sind Hunderte von Grenzposten abends und in der Nacht nicht mehr besetzt. Jeder kann in unser Land «marschieren». Unsere Nachbarländer aber nehmen nur Leute zurück, wenn deren Grenzübertritt nachgewiesen werden kann...

Die Zunahme der Bevölkerung via Einwanderung ist Hauptursache der 139 Indexpunkte und somit auch der verheerenden, jährlichen Verteuerung des Produktionsplatzes Schweiz. Die Einwanderung ist aber auch Ursache der Auslagerung von immer mehr Arbeitsplätzen: Wir lassen Ungelernte herein und torpedieren damit gleichzeitig deren Arbeitsplätze – denn die Billigarbeiten werden so immer teurer. Aber in vielen anderen Staaten sind diese Billigarbeiten viel billiger zu haben (China, Asien). Da liegt die Auslagerung doch auf der Hand und unserem Lande bleiben die Einwanderer und horrend steigende soziale Kosten! Ist also die Politik der Regierenden nicht ein Irrsinn? Wann endlich werden diese Einäugigen erkennen, dass ein Einwanderungsstopp nichts mit Fremdenhass zu tun hat? Wann denken diese Herrschaften endlich an unser Land und Volk? Ein Einwanderungsstopp ist absolute Notwendigkeit – für uns und unsere Gäste. Die Kosten müssen gesenkt werden! Wir müssen aber auch die Teuerung senken. Nur mit weniger Indexpunkten (Kosten) lassen sich unsere Arbeitsplätze – zum Wohle aller – im Schweizerlande erhalten!

*SD Thurgau,
Kantonale Parteileitung*



Verwirrspiel der Medien



*Christoph Spiess,
a. Gemeinderat,
Zürich*

Seit einiger Zeit ist in der Medienwelt die Gepflogenheit aufgekommen, von Zeit zu Zeit Wahlumfragen zu publizieren. Dabei werden regelmässig nur die Bundesratsparteien, in Ausnahmefällen vielleicht noch die Grünen, berücksichtigt. Von den anderen Parteien, von denen etliche immerhin im Bundes- und in vielen kantonalen Parlamenten vertreten sind, werden oft nicht einmal die Abstimmungsempfehlungen veröffentlicht. Ein Paradebeispiel hierfür ist das Fernsehen DRS, welches als Staatssender eigentlich gegenüber allen politischen Kräften gleichermaßen offen sein sollte: Klammheimlich ist dieses wichtige Medium dazu übergegangen, die Parolen der SD und anderer Parteien zu unterdrücken. Auf unsere Reklama-

mation hin hiess es einfach, man berücksichtige nur noch Parteien, die im Nationalrat eine eigene Fraktion hätten. Das alles ist kein Zufall, sondern

gezielte Manipulation

und diese ist offensichtlich auch unter allen bedeutenden Medien so abgesprochen. Das Ziel dieser Machenschaften ist offensichtlich. Man will die kleineren und oppositionellen Kräfte in diesem Staat als inexistent erscheinen lassen und so bewirken, dass sie nach und nach verschwinden. Dann ist das Feld frei für die machthabenden Filzparteien, zu denen trotz allem oppositionellen Getue im übrigen auch die SVP gehört – dies sei hier einmal in aller Klarheit gesagt. Ihr ist in diesem Zirkus der politischen Scheingefechte die Rolle zuge-dacht worden, die Stimmen der vielen patriotisch gesinnten Bürger(innen) zu absorbieren, die mit dem üblichen «politisch korrekten» Eintopf nicht einverstanden sind, und zu verhindern, dass sich diese zu einer echten, starken Alternativkraft formieren. Dieses Ziel wird mit grossem finanziellem

Die **zunehmende Übervölkerung** unseres kleinen Landes mit immer mehr ausländischen Arbeitskräften und deren Familien führt uns zusehens ins Dilemma: **Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, Verkehrschaos, Umweltzerstörung, Bildungsnotstand** und Verlust der eigenen Identität. Darum Gegensteuer geben mit



Liste 7

Sie helfen uns am meisten, wenn Sie die SD-Liste 7 unverändert wählen!

Regierungsrat: Rolf Boder

SD, Postfach 9103, 8036 Zürich



Schweizer Demokraten

Vorrang für Einheimische!

www.schweizer-demokraten.ch

Aufwand und leider mit beträchtlichem Erfolg angestrebt. Worin der nächste Schritt bestehen soll, ist ebenfalls leicht zu durchschauen. Ist die Parteienlandschaft erst einmal im beschriebenen Sinne «ausgedünnt», so wird die Forderung gestellt, dass das bisherige System der Konkordanz, d.h. der Einbindung der grösseren Parteien in die Regierungsmacht und -verantwortung, beseitigt werden müsse, weil es mit dem politischen System der anderen europäischen Länder nicht zusammenpasse. Man wird also versuchen, eine sogenannte «Konkurrenzdemokratie» mit Regierung und Opposition

nach ausländischem Muster einzuführen, und so unser politisches System EU-kompatibel zu machen. Natürlich ist dies auch ein

Frontalangriff auf die direkte Demokratie

mit Initiative und Referendum, denn diese müsste abgeschafft werden, wenn eine solche EU-konforme «Demokratie» funktionieren soll. Insbesondere das Referendumsrecht des Volkes ist den Befürwortern eines solchen Systemwechsels ein Gräuel. Wenn deren

Fortsetzung Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

Pläne dereinst verwirklicht sind, können wir SchweizerInnen – wie z.B. die Deutschen und die Amerikaner – nur noch alle vier Jahre einer von zwei Machtcliquen, deren politische Inhalte sich kaum noch unterscheiden und sich auch ständig ändern, einen Blankocheck ausstellen und im übrigen den Mund halten.

Ein weiteres Manipulationsmittel ist die heutzutage schlicht unsinnige Einordnung aller politischen Kräfte in ein eindimensionales «Links-Rechts-Schema». Unabhängige Kräfte werden gezielt

als «Extremisten» hingestellt

Dies geschieht insbesondere mit patriotischen Parteien, die nicht unter der Fuchtel der Wirtschaftskapitäne stehen. Sie werden im

besten Fall als «rechtsausen», oft aber sogar als «rechtsextrem» und dergleichen tituliert, obwohl der Patriotismus als solcher weder links noch rechts eingeordnet werden kann, sondern eine ganz eigene Dimension politischen Denkens verkörpert. Man kann im traditionellen Sinne rechts oder «bürgerlich» gesinnt und Patriot sein. Sehr viele Bürger(innen) sind aber auch «links» oder «sozial» orientiert (das heisst auf der Seite der sozial schwächeren Schichten stehend) und ebenfalls Patrioten. Indem man etwa die Schweizer Demokraten als «Rechtsausenpartei» ins besagte Schema hineinpresst, kann man sie den vielen sozial-patriotisch denkenden Menschen im Lande – völlig zu Unrecht – als «unwählbar» erscheinen lassen und sie so massiv schwächen. Zugleich werden die Patrioten in diesem Lande gespalten und damit als

politische Kraft weitgehend ausgeschaltet, obwohl sie, wenn sie bei den SD vereinigt wären, einen grossen Einfluss gewinnen könnten. Leider gibt es bis in die Reihen unserer Aktivisten hinein viele Bürger(innen), die nicht recht erkennen, welche Manipulation da abläuft, und das Geschwätz von «links» und «rechts» brav weiter kolportieren!

Es ist höchste Zeit für eine Stärkung der Schweizer Demokraten!

Sie kämpfen als einzige Partei ohne Wenn und Aber gegen die rasch fortschreitende Überfremdung und Übervölkerung der Schweiz, gegen die Verschandelung und Zerstörung von Natur und Landschaft und für die umfassende Bewahrung der einheimischen Kultur und Identität.

Am 6. April 2003 finden im Kanton

Zürich Wahlen statt. Dieser Urnengang ist von überragender Bedeutung, denn Zürich ist der grösste Kanton, und – noch wichtiger – schon im Oktober dieses Jahres folgen die Nationalratswahlen. An alle Schweizer Demokratinnen und Schweizer Demokraten im Kanton Zürich ergeht daher der

dringende Aufruf:

Gehen Sie nicht nur selbst mit der Liste 7 (Schweizer Demokraten) an die Urne, wählen Sie nicht nur zuhause, im stillen Kämmerlein, unseren Regierungsratskandidaten Rolf Boder.

Machen Sie auch überall in Ihrem Umfeld auf die Ziele der Schweizer Demokraten aufmerksam und ermuntern Sie Ihre Freunde und Bekannten, ebenfalls die SD zu wählen. Dann ist uns der Erfolg sicher!

Kantons- und Regierungsratswahlen 6. April 2003

Bezirk Horgen

Mit Ernst Rebsamen und Roland Bachmann kann die wieder erwachte Bezirkspartei Horgen auf zwei bewährte Kräfte setzen.

Ernst Rebsamen, Sekretär der *Aktion Aktivdienst*, ist auch Mitglied des «Komitees für eine unabhängige und leistungsfähige Milizarmee in einer sicheren und neutralen Schweiz», die unlängst (zusammen mit der SD) erfolgreich das Refe-

rendum gegen das Militärgesetz ergriffen haben. Die eidg. Abstimmung darüber ist am 18. Mai. 2003. Daneben ist der «kampferfahrene Rentner» Vorstandsmitglied von zwei weiteren «Heimat-Komitee». Roland Bachmann gehörte bereits in den Jahren 1998 und '99, damals als Vertreter der FPS dem Kantonsrat an. Vorgänger war er auch Mitglied der Bezirksschulpflege. Als Inhaber einer Kleinfirma (KMU) kennt er auch die Sorgen

und Nöte des schweizerischen Kleingewerbes. Die Liste der SD wurde mit der EDU verbunden.

Dem Wahlkreis Bezirk Horgen stehen 16 Sitze zu. Unsere Kandidaten sind kumuliert.



Ernst Rebsamen

Nachfolgend die vollständige Kandidatenliste.

1. Ernst Rebsamen, 28, Maschinen-Ing HTL, Thalwil.

2. Roland Bachmann, 55, techn. Kaufmann, Horgen

3. Alexandra Glarner, 69, Fachangestellte, Wädenswil.

4. Heinz Surber, 40, Zeichner, Adliswil

5. Hansueli Held, 28, Rentner, Adliswil.

6. Sandro Toedtli, 58, Masch. Mech., Richterswil.

7. Ursula Acda, 54, Kauffrau, Oberrieden

8. Boris Luksic, 49, Betreuer, Horgen.

wären zu erreichen. Doch auch hier bläst nun frischer Wind. Nachdem 2 von 3 Kandidaten wieder ins Rennen steigen, ist die Liste diesmal mit 6 kumulierten Namen fast voll. Eines aber unterscheidet diese Liste von den übrigen Kandidatenlisten im Kanton. Kein Rentner und keine Frau.

Da die Bezirkssektion der Zürcher Goldküste am Bettelstab geht, soll diese Ausgabe der SD-Zeitung als Werbemittel verwendet werden.

Nachfolgend die vollständige Kandidatenliste.



Gottfried Tobler

1. Gottfried Tobler, 51, Kaufmann, Stäfa.

2. Ueli Geller, 63, Detailhandlungsangestellter, Hombrechtikon.

3. Arthur Kindlimann, 41, Innendienstleiter, Stäfa.

4. Christian Fischer, 71, Schuhmacher, Zell.

5. Markus Eggenberger, 56, Textilkaufmann, Hombrechtikon.

6. Erich Waldmann, 45, Koch, Stäfa.



Christian Fischer



Markus Eggenberger

Kantonsratswahlen Bezirk Uster

Die Spitzenkandidaten im Bezirk Uster



Von links nach rechts, sitzend: Gemeinderat und a. Nationalrat Dr. Jean-Jacques Hegg, Kantonsrat Hans Jörg Fischer, Elisabeth Cafilisch; stehend: Gemeinderat Werner Kessler, SD-Bezirkspräsident Friedrich Auf der Maur, Christian Fischer, René Bättig.

Bezirk Meilen

«Alter Wein in neuen Schläuchen», wäre man versucht zu sagen. Denn im Goldküsten-Bezirk Meilen kommt die SD nicht voran. 13 Mandate sind zu verteilen, 7,7%

Christian Fischer

Markus Eggenberger

Blitzschnell findet Toggenburger «Papierloser» seine Papiere wieder, als er unbedingt heiraten will, um hier zu verbleiben

Kiko und sein Kakao

Erstaunlich, welch ungeahntes Mass an Flexibilität, Anpassung, um nicht zu sagen Willfährigkeit Ämter zwischen Toggenburg, St. Gallen und Bern an den Tag legen, wenn ein schlitzohriger «sans papiers» aus Schwarzafrika, zwecks Durchsetzung seiner Ziele, ihnen dies abverlangt.

Um diese authentische Berichterstattung von der Skurrilität des Inhalts her eher würdigen zu können, setzen wir eine Parabel: Ein Automobilist wird von der Polizei angehalten: «Papiere, bitte!» «Ich habe keine», sagt der Fahrer. Der Beamte stutzt: «Führerschein, Fahrzeugausweis?» «Ich besitze keine Dokumente», sagt der Autofahrer, «aber mein Bruder kann so was günstig besorgen. Und tschüss!» Der Polizist tippt an die Mütze, lächelt und winkt den Fahrer in den Verkehr ein. Als wie glaubhaft, Leserin, Leser, erachten Sie solches Szenario? Sollten Sie auf «völlig unmöglich» tippen, dann lesen Sie weiter und staunen Sie über das Ausmass Ihrer Fehleinschätzung. Kiko Kakao (Namen geändert. Die Red.) ist männlich, von stattlicher Gestalt, schwarz wie poliertes Ebenholz, genauso aalglatt und ein smarter Herr. Er lebte im toggenburgischen Lichtensteig als «Papierloser». Einer jener leicht schuseligen Leute, die unentwegt ihre Ausweispapiere «verlieren», kaum sind sie im Land. Nun möge man sich vor falschem Schluss hüten und Herrn Kakao aus Ghana/Afrika ja nichts Unzutreffendes unterstellen. Wie uns Pressesprecher Dominik Boillat vom BFF erklärte, ist auch ein «sans papiers» legal im Lande, so er als Flüchtling anerkannt ist. Und Kiko Kakao war in seinem Status als «Papierloser» durchaus berechtigt, hier bei uns, mit uns und auf unsere Kosten zu leben.

Nun ist es aber so, dass der Lichtensteiger Bürger Kurt Koller, ein gar couragierter Herr mit ausreichend Mut zur öffentlichen Arti-

kulation, sich im Wissen um einen gesonderten Umstand an der Tatsache störte, dass Kiko Kakao behauptete, er verfüge über keine Dokumente und beanspruche darum des Lichtensteiger Mitbürgers mildtätige Hilfe via Asylanspruch oder wie und was auch immer. Der Bürger ist ja tolerant geworden, bereit einen grossen Bogen zu spannen zwischen Dichtung und Wahrheit, Realität und Märchenstunde. Kurt Koller schrieb also an die Gemeinde Lichtensteig:

«Ein Angestellter, der sich mit Asylannten befasst, hat mich angerufen. Er teilte mir die vielen Missbräuche mit, welche die Behörden oft übersehen. Leider darf er nicht selbst anfragen, will er nicht seine Stelle verlieren; so ist es halt hierzulande! Dieser Angestellte hatte mit einem Mann aus Afrika (Kiko Kakao) zu tun, der behauptet, keine Papiere zu haben. Nun hat dieser Afrikaner aber die Schweizerin Rösli Reizvoll (Name geändert) geheiratet. Die Hochzeit hat in Lichtensteig stattgefunden. Meine Frage: «Wie kann einer heiraten, der keine Papiere hat?» Gez. Kurt Koller»

Heirat ohne Papiere?

Armin Räbsamen, Lichtensteigs Zivilstandsbeamter, schrieb zurück: *«Nachdem bei der Trauung eine ausländische Person beteiligt war, wurde Ihr Schreiben dem «Amt für Bürgerrecht» in St. Gallen zur Beurteilung weitergeleitet. Gez. Armin Räbsamen.»* Korrekte und clevere Reaktion, denn so war der «Schwarze Peter» aus Lichtensteig verbannt und tummelte sich im Büro von Hans Karrer, Beamter obgenannter St. Galler Zivilstandsbehörde. Der aber stand dem Armin Räbsamen bezügl. Cleverness in nichts nach. Flugs versetzte er dem «Schwarzen Peter» einen Tritt und schon war der im Zuständigkeitsbereich von Heinz Walser, Chef «Amt für Bürgerrecht», St. Gallen, gelandet. Heinz Walser, ein

netter Mann, aber anfangs zugeknöpft wie eine Auster, argumentierte sophistisch: «Wenn Kiko Kakao geheiratet hat, ist dies Indikator dafür, dass er Papiere hatte.» Ketzehafte Gegenfrage: «Und wenn doch nicht?» «Dann hat er auch nicht geheiratet!» tönt es um Nuancen ungnädiger. Hat er aber – was nun? «Hören Sie», sagt Heinz Walser, freundlich aber genervt, «keiner heiratet in diesem Lande ohne Papiere!» Zentrale Frage also: Woher hat der «papierlose» Afrikaner plötzlich die Dokumente, um seine Holde an den Altar zu schleppen? Hat «Bundeshaus-Bern» ein Auge zugedrückt? Wir fragen beim «Auswärtigen Amt» an und erfahren, dass allein der Gedanke einem Sakrileg gleichkäme. Beschämt ziehen wir die unbotmässige Frage zurück.

Da Kiko Kakao für uns nicht zu sprechen war, verblieb nur noch eine Auskunftsperson: Rösli Reizvoll, die tugendhafte Braut. «Nein», sagte sie, «ich bin nicht begeistert, dass Sie mich befragen.» Erst auf Zusicherung, dass wir ihren Namen strikte verschweigen würden, gab sie zögernde Auskunft über das miraculöse Geschehen einer Heirat mit «Zauber-Papieren». Wie konnte Kiko Kakao die Ämter so elegant durch den Kakao ziehen, indem er die «verlorenen» Papiere urplötzlich aus dem Hochzeitszylinder zauberte? «Er hat einen Bruder in Accra, Ghana», sagt uns das Rösli, «der ist ein hohes Tier und hat ihm die Dokumente organisiert. Kiko kann sehr charmant sein, wenn er was haben will!»

Als die Heirat lockte ...

Wir aber können stur sein, wenn wir was haben wollen – und das wollten wir: Nämlich Auskunft über das Vorgehen von Behörden – egal ob Lichtensteig, St. Gallen oder Bern – denen nun offenlag, dass man sie bezüglich angeblichem «Sans-papiers-Status» schamlos belog. Offenbar hätte Kiko Kakao nie Mühe gehabt Papiere vorzulegen, tat es aber nicht – mit ihnen hätte man ihn ja abweisen können. Er zeigte die Dokumente erst, als

Heirat lockte, samt integriertem Landesverbleib.

Ergo stellten wir Behörden und Amtspersonen die gleich lautende Frage: «Wie wird Kiko Kakao dafür sanktioniert, dass er Gemeinde und Kanton zu angeblicher Papierlosigkeit belog und sich so unter Anwendung von purstem Asylmissbrauch ungerechtfertigte Leistungen erschlich?» Die Protagonisten agierten teilweise in dünner Argumentationsluft, aber souverän. «Wir durften Kiko und Rösli trauen, St. Gallen hat es erlaubt!», so der Zivilstandsbeamte in Lichtensteig. «Wir haben die Unterlagen geprüft», sagen Karrer und Walser vom «Amt für Bürgerrechte» in St. Gallen, «und damit ist alles i.O.» «Ich denke», sagt BEF-Pressesprecher Dominik Boillat, «hier liegt Asylmissbrauch vor, wenn es so ist wie geschildert.» «Mich geht das nichts mehr an», sagt uns eine ungemein liebenswerte Rösli Reizvoll am Telefon, «ich habe die Trennung von Kiko K. eingereicht.» Prägnant kurz Thomas Kleger, Stadtpräsident von Lichtensteig: «Gegenwärtig werden der genaue Sachverhalt und die Rechtsfolgen abgeklärt!» Aufschlussreich Dr. Bruno Zanga, Vorsteher Ausländeramt Kanton St. Gallen: «Wenn Sie meinen, wir können allein deshalb, weil Kiko Kakao alle belog, ihn nun aus dem Land jagen, liegen Sie falsch! Gemäss Artikel 7, Absatz 1 des Bundesgesetzes über den Aufenthalt von Ausländern besteht kein Ausweisungsgrund. Wir sind gezwungen, seine Bewilligung zu verlängern!»

Wir haben genug gehört und gelangen zur Konklusion: Endlich wird klar, was unser Land für Geschustler so hochattraktiv macht: Unter Angabe frei erfundener Prämissen können soziale und andere Leistungen von hoher Intensität und in dichter Fülle erlangt werden, und man verliert nicht mal dann den Bezugsanspruch, wenn sich diese Angaben vor den Behörden als das erweisen, was sie hier de facto sind: Kakao..!

Charly Pichler
in Wiler-Zeitung

Neue Erkenntnisse über die Gefährlichkeit von Cannabis

In der Diskussion über die Legalisierung von Cannabis werden wichtige, neue wissenschaftliche Erkenntnisse leider oft nicht berücksichtigt. Bereits im Juni 1997 sind in der renommierten amerikanischen Zeitschrift «Science» zwei Arbeiten von Forschungsgruppen aus den USA, Spanien und Italien erschienen, die aufhorchen liessen und die es im Zusammenhang mit der Entscheidungsfindung über eine Legalisierung von Marihuana zu berücksichtigen gilt. Diese Arbeiten zeigen u. a., dass durch den Marihuanaentzug dieselben emotionalen Stresssymptome

auftreten und dass diese mit demselben Molekül im Hirn (einem Peptid, Corticotropin-Releasing Factor, CRT genannt) zusammenhängen, das auch für die Angst- und Stresssymptome während eines Opiat-, Kokain- oder Alkoholentzuges verantwortlich ist. Zudem wird berichtet, dass THC, das aktive Prinzip in Marihuana, im Gehirn dieselben grundlegenden biochemischen Ereignisse auslöst, welche auch die Abhängigkeit von anderen Drogen wie Nikotin, Kokain oder Heroin verstärken. Alle diese Drogen, inklusive Cannabinoide, führen zu einer

Ausschüttung von Dopamin, einem Schlüssel-Neuro-Transmitter (Botenstoff) als Bestandteil des Belohnungssystems im Hirn. Die beiden Arbeiten zeigen somit, dass Marihuana das Stress- und Belohnungssystem im Hirn in sehr ähnlicher Weise manipuliert, wie das bei anderen härteren Drogen auch der Fall ist, und dass dadurch die Gefahr für den Konsumenten besteht, dass er abhängig werden kann und dann unter Umständen auch zu härteren Drogen greifen wird. Das sind klare Argumente gegen die einfältige Behauptung, dass Marihuana per se nicht als Einstiegs-

droge für härtere Substanzen wirken könne. Im Gegenteil, die zwei unabhängigen Studien zeigen, dass Marihuana auf demselben neuronalen Wege wirkt (die zellulären Aktivierungswege im Gehirn sind identisch) und ähnliche Effekte erzeugt wie die harten Drogen, Kokain, Heroin u. a., die hoch süchtig machen können. Somit sollten alle an der politischen Entscheidungsfindung für oder gegen eine Legalisierung von Marihuana Beteiligten die deutlichen Worte von Prof. Di Chiara vom Zentrum für Neuro-

Fortsetzung Seite 12

Fortsetzung von Seite 11

pharmakologie an der Universität Calgari, Italien, einem der Autoren der oben erwähnten Arbeiten berücksichtigen: «Ich wäre zufrieden nach aller wissenschaftlichen Evidenz, die wir nun haben, dass die Leute Marihuana und THC nicht mehr länger als eine «weiche Droge» betrachten. Ich sage aber nicht, dass Marihuana gleich gefährlich ist wie Heroin, hoffe aber, dass die Menschen sich dem Marihuana viel vorsichtiger annähern, als sie das bisher getan haben.» Die Evidenz ist vorhanden, dass abhängig von der emotionalen und psychischen Stabilität oder Labilität eines Menschen, der Konsum von Marihuana in die Sucht nach harten Drogen führen kann. Dies gilt insbesondere für junge Menschen, die oft noch instabil sind.

*Prof. Theo Wallimann,
Institut für Zellbiologie,
ETH Zürich, in einem Leserbrief*

Im März dieses Jahres, allenfalls erst anlässlich einer Sondersession im Mai, solle die vom Ständerat bereits vor mehr als einem Jahr ohne Gegenstimmen verabschiedete Revision des Betäubungsmittelgesetzes im Nationalrat beraten werden. So, wie die Revision vom Ständerat genehmigt worden ist, ist das Gesetz völlig unannehmbar, denn es erfüllt praktisch alle Forderungen,

die seinerzeit die vom Schweizer Volk ganz massiv abgelehnte Droge-Initiative aufgestellt hat. Falls der Nationalrat an diesem Gesetzesentwurf nicht noch ganz grundlegende Änderungen und tiefgreifende Verbesserungen anbringt, muss jedenfalls mit dem Referendum gerechnet werden. Verschiedene Organisationen und Institutionen befinden sich denn auch schon in den Startlöchern. Da trotz Einsatz aller nur erdenklicher juristischer Tricks und Finessen die internationalen Drogenübereinkommen offensichtlich verletzt werden, käme die Schweiz auch international unter erheblichen Druck. So warnt denn auch schon der Internationale Suchtstoffkontrollrat (INCB) der UNO vor dieser Gesetzgebung, Sanktionen können nicht ausgeschlossen werden. Der einzelne Bürger – die schweigende Mehrheit in unserem Lande – hat nur wenig Möglichkeiten, seinem Missfallen über die Absichten der Eidgenössischen Räte Ausdruck zu geben und wird auch kaum gehört. Bis vor wenigen Wochen waren auch die Massenmedien für die Anliegen der Gegner einer Freigabe des Drogenmissbrauchs kaum zugänglich. Das scheint nun allerdings seit kurzem aus uns unbekanntem Gründen (stehen Drohungen aus dem Ausland dahinter?) geändert zu haben.

Eltern gegen Drogen



bestandes 2001 veröffentlicht. Gemäss Bundesamt für Statistik lebten Ende 2001 1'556'772 Ausländer in der Schweiz. Dies sind 32'400 Personen oder 2,1 Prozent mehr als vor Jahresfrist. 32'400 Personen in der Schweiz bedeutet ein Mehrbedarf an Wohnungen, mehr Verkehr. Die Migros freut sich über mehr Leute in unserem Land. Wie soll sie sonst ihren Umsatz steigern?

Auffallend ist, dass sich die SVP nicht mit dem grundsätzlichen Problem der Überfremdung und Überbevölkerung befasst. Früher hiessen die Schweizer Demokraten Nationale Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat. Die SD von heute sollte wieder vermehrt diesem Grundsatz Beachtung schenken. Überfremdung und Überbevölkerung mit all ihren Folgen soll deshalb vermehrt dem Bürger übermitteln werden. Mit unseren Anliegen, den Schutz unserer Heimat zu verstärken, werden wir Schweizer Demokraten an den Nationalratswahlen 2003 erfolgreich sein.

Kurt Koller, Lichtensteig

Wachstum in der Schweiz

Die Schweiz habe in den letzten Jahren zu wenig Wirtschaftswachstum gehabt. Nun kann man sich fragen, wo denn die Schweiz wachsen soll. Die Bauwirtschaft hat doch unser Land in den letzten dreissig Jahren genügend verschandelt. Ein weiterer Kulturlandverschleiss ist nicht zu verantworten. Nachweislich ist die Bevölkerungszahl unseres Landes durch die masslose Einwanderungspolitik gewachsen. Am 30. November 2002 wurden die Zahlen des Ausländer-

ausgelöst wurde und der gewisse Parallelen zur diktatorischen Führung Iraks aufweist, was die Geisteshaltung der beiden Despoten anbelangt, kommt man zum Schluss, dass ein «laissez-faire» verheerendere Folgen hat als entschlossenes In-die-Schranken-Weisen, nötigenfalls durch Kriegserklärung. Es kommt vor, dass ganze Völker mit samt ihren Intellektuellen einer geschickten politischen Propaganda anheimfallen und sich von Visionen des Sieges tragen lassen, wie dies bei Deutschland und Österreich der Fall war.

Es ist deshalb unverständlich, warum die heute weltweit gleichgeschalteten Linksparteien bei solch eindeutiger Situation wie beim Überfall Saddam Husseins auf Kuwait eine verunsichernde, zwiespältige Haltung einnehmen, die dann durch die Medien bei der Wiedergabe noch verstärkt wird. So glauben die mit einem Augurenlächeln solidarisch demonstrierenden Genossen, jemandes Pelz waschen zu können, ohne ihn nass zu machen. Statt einem neuen «Hitlertyp» diesmal die Waffen frühzeitig aus der Hand zu schlagen, damit nicht wieder wie im letzten Weltkrieg Millionen von Menschen auf Schlachtfeldern, in Gaskammern und durch

Eine Demokratie begeht Selbstmord von Willy Schmidhauser

Leider wahr... Und das Schlimmste ist, dass den Chaoten (Grenzfall-Terroristen), Vandalen und anderem kriminellen Gesindel, in- und -ausländischer Herkunft, zu viel Toleranz entgegengebracht wird. Ja Feigheit und Dekadenz in Bevölkerung, Politik und Justiz – zu Hauf vorhanden –, tun das Übrige – unsere schöne Schweiz zu demontieren, ja genauer gesagt – zu ermorden. Es ist nämlich Selbstmord und Mord! Es ist mir ein An-

Bombardierungen umkommen müssen, vom tiefen Elend der Zerstörungen und der Flüchtlinge abgesehen. Wie nahe liegen doch Triumph und Fall beieinander. Es zeigt sich immer deutlicher, dass die heutigen Regierungen Amerikas und Englands weit besser in der Lage sind, den akuten Kriegsgefahren zu begegnen, als dies die übrigen Staaten vermögen. Dass diesen Ländern zu Recht eine gewisse Führungsrolle zuerkannt werden muss, ist nicht von der Hand zu weisen, sind diese Völker doch spontan dazu bereit, ihr Leben gegen die Diktatur und für die Freiheit einzusetzen, ohne gebührenden Dank dafür entgegenzunehmen. So wurde ganz Westeuropa vom Hitler-Terrorismus befreit, und es ist kaum vorstellbar, wie Europa ohne die Invasion der Alliierten heute aussehen würde. Es war für einmal ein «Vietnam», das sich trotz der totalen Vernichtung des Dritten Reiches wenigstens moralisch gelohnt hat. Die Freiheit ist eben nicht gratis, und mit Demonstrationen lässt sich weder ein Hitler noch ein Saddam Hussein bekehren. Sollte also die Frage nicht eher lauten: «Ist Anti-Amerikanismus begründet?»

Albert Stocker, Riniken

liegen, euch Schweizer Demokraten für den selbstlosen Einsatz für unser schönes Land herzlich zu danken! Es ist leider Brauch geworden, Menschen von vaterländischer Gesinnung anzugreifen, eben weil diese dem teuflischen Tun der «Andern» entgegenstehen. Der Teufel schläft nie. Der Feige stirbt manchen Tod – der Mutige nur einen... Es ist später als man denkt, hoffentlich erwachen bald einige hunderttausend Schweizer, bevor sie den ewigen Schlaf antreten.

Hans Gmünder, a. Grossrat, Biel

George Bush x Saddam Hussein

Ein Spanisches Sprichwort lautet: PIENSA EL LADRON, QUETO DOS SON DE SU CONDICIÓN! Frei übersetzt heisst das: Ein Dieb sieht in allen anderen auch einen Dieb, oder in anderen Worten: «Ein Lügner meint, alle anderen seien auch Lügner». C.G. Jung beschreibt die Tendenz jemand anderem die Schuld zuzuschreiben als: seinen eigenen Schatten auf andere zu projizieren. «Schatten» nennt C.G. Jung jene verhüllte, verdrängte, meist minderwertige und schuldhaftige Persönlichkeit (in einem selbst) die man sich nicht eingestehen will. (C.G. Jung: Erinnerungen Träume Gedanken – Rascher Verlag Zürich und Stuttgart 1962, Seiten 414/415). Wie kommt es also, dass George Bush monatelang alle möglichen niederträchtigen Vorwürfe gegen Hussein aufrecht erhalten kann, ohne wirkliche Beweise? Wie kam

er dazu, gleichentags am 11. September 2001 Bin Laden und Al Kaida als Urheber zu identifizieren, obwohl dies nachweislich heute nicht der Fall ist? Da Nordamerika während den drei Weltkriegen keine Zerstörungen im eigenen Land erlitt, trägt man dem Krieg leichtfertig lieber auf anderen Kontinenten aus, wo Tausende auf noch nicht ausgebeuteten Ressourcen sitzen und erzwingt europäische Unterstützung zur Förderung der eigenen Kriegsmaterial-Industrie. Is that America's way of life? George Bush sitzt in einer Sackgasse. Er muss die Kriegserlaubnis im Sicherheitsrat erzwingen; es geht um seinen Kopf und darüber hinaus lastet der Druck der US Ölindustrie auf ihm, die an Iraks Öl will. Auch steht zu vermuten, dass ein Krieg dazu dienen könnte, die neuesten Waffenentwicklungen der USA im Irak zu testen.

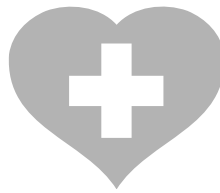
A. Bauer, Basel

Ist der Anti-Amerikanismus berechtigt?

(Echo auf SD 2/03)

Warum eigentlich soll die Menschheit aus den vorangegangenen

Kriegen nicht endlich etwas lernen? Analysiert man den letzten Weltkrieg, der durch Adolf Hitler



Démocratie, est-ce un vain mot?



Mary Meissner,
Vernier

Les conseillers sont élus à la majorité des voix enregistrées, dont les calculs sont relativement justes, mais inadéquats vu la diversité des opinions y compris les bulletins blancs. Ajoutant à cela les systèmes additionnels ou proportionnels et certaines manipulations politiques qui excluent certaines tendances populaires, peut-on appeler cela de la démocratie?

C'est pourquoi aujourd'hui, plongés dans les bruits de guerre, les citoyens de tous les pays, floués par leurs autorités dans lesquelles ils n'ont plus confiance puisqu'elles décident et agissent à l'encontre des aspirations populaires, dans le cas précis de la question iraquienne, ce n'est pas de la démocratie et le fossé s'élargit de plus en plus

entre ceux qui ont élu et ceux qui ont été élus.

Cette situation visible aujourd'hui au plan mondial concernant la guerre, a des parallèles sur d'autres plans où le mot démocratie est un leurre.

On sait que le tabac tue depuis des siècles une population composée de jeunes et de vieux, mais quels sont les gouvernements qui prennent des mesures pour protéger les citoyens? Depuis combien de temps les non-fumeurs sont-ils considérés comme des empêcheurs de fumer en rond? Ils sont traités encore maintenant, et agressés comme des quantités négligeables? Ce n'est qu'en 2003 que l'OMS, l'Organisme mondial de la Santé, a compris qu'il y avait lieu d'élaborer en urgence une charte de protection, pas encore parfaite et pas encore contresignée par quarante pays pour être applicable au plan mondial. C'est dommage que dans les Droits de l'homme, le tabagisme, les drogues et autres anabolisants, n'aient pas une place de choix pour être réglementés prenant en compte que les libertés des uns s'arrêtent où commencent celles des autres.

On cherche en vain le mot démocratie dans ce lynchage journalistique! Il y a pire. Stendhal a écrit Le Rouge et le Noir, d'autres auteurs ont fustigé les joueurs invétérés qui ruinent leurs familles et leurs amis, mais quel est le gouvernement qui a interdit les jeux de hasard, les lotos ou les machines à sous?

Il faut regarder loin pour apercevoir quelques interdictions. Car cette maladie de l'homme qui, sous prétexte de démocratie continue ses ravages de Las Vegas à Macao, vient d'avoir un renouveau encore plus tragique par l'ouverture de nouveaux casinos en Suisse par exemple, mais aussi la mise en place des Bourses, partout sur la planète, magnifiques casinos meurtriers. Toujours sous prétexte de démocratie, signifiant que l'homme doit garder son libre choix, des milliards s'envolent en fumée pour les uns, et se concrétisent à lingots pour d'autres plus malins ou mieux initiés. Le sommet démocratique est atteint par Georges W. Bush qui sous ce drapeau, invoque la protection divine. Comme si Dieu était un va-t-en guerre, un saint recouvert d'une armure qu'il peut diriger à sa guise.

En face de ce gâchis incommensurable dont je n'ai cité qu'une partie, d'autres mesures démocratiques sont prises à l'encontre des personnes qui refusent de penser dans le sens du politiquement correct. Ces mêmes édiles qui devraient rester neutres et entendre chaque citoyen de la même manière, prennent des attitudes de dictateurs en subornant les citoyens par des tonnes de propagande coûteuse, afin que ces derniers acceptent docilement des lois scélérates qui sont de facto des polices de la pensée et des mœurs. Cette nouvelle forme de démocratie obligatoire s'appelle mélange culturel uniformisant la diversité des coutumes, de l'éducation, de la nourriture et prônant la violence et la laideur des pokémons, des peintures et des dessins animés.

Donc la vraie démocratie n'existe pas. On devrait remplacer ce mot par laxisme ou égoïsme ou opportunisme. En réalité nous vivons dans une gabegie mafieuse superbement organisée en faveur des sociétés secrètes, des gens les plus retors, les plus riches et les mieux placés.



Genève se distingue

Ce canton écrasé par des frontières étrangleuses devient une ville à la campagne qui perd son sol à raison de 1m²/sec, sous la poussée démographique immigrante. C'est l'effet néfaste d'une propagande forcée pour attirer les entreprises étrangères et les organisations internationales. La construction s'essouffle et n'arrive pas à suivre, les transports sont engorgés et les stations d'épuration débordent.

La Confédération, au lieu de répartir les demandeurs d'asile au prorata du territoire cantonal, fait le calcul contraire, c'est-à-dire, au prorata de la population. Alors on voit qu'à Genève, les communes comme Meyrin, un grand faubourg, près de l'aéroport, se voit imposer un centre de requérants d'asile où viendront loger 200 célibataires. Cette bâtisse sera érigée au milieu de jardins familiaux et d'un quartier de villas, La Citadelle. Il n'y a aucun dialogue possible entre les autorités meyrinoises et Laurent Moutinot, le chef du département des Travaux publics, le terrain en question étant la pro-

priété du canton de Genève. 356 habitants de ce quartier ont fait opposition en disant qu'il y a deux poids et deux mesures, car une telle construction disgracieuse aurait été interdite à un simple particulier. Cet endroit est situé à peine à 300 m de la frontière ce qui facilitera les trafics de toutes sortes et les contrôles seront abolis dès le premier juin pour les biens et les personnes, selon les arrangements bilatéraux. Pinchat, un tranquille petit village, se trouve dans une situation similaire que nous avons déjà expliquée dans notre numéro précédent, et les habitants ont aussi déposé une pétition contresignée par la mairie pour s'opposer à l'ouverture d'un centre de demandeurs d'asile célibataires. Il s'agit d'un bâtiment sis près d'une école enfantine et d'un collège. Gare aux dealers! Il suffit d'un mauvais élément pour que tout le groupe des étrangers oisifs soit pris à partie. Un troisième lieu fait problème et la révolte gronde parmi les habitants de Vessy. Là, il s'agit de déclasser la zone agricole déjà mi-

nuscule dans le canton. Un centre serait érigé en face de la maison de retraite et près du giratoire en direction de Veyrier à peine à 500 m à vol d'oiseau de Pinchat.

En tout, 600 célibataires qui vont faire quoi? A noter qu'à Vernier, il y a le centre des Tattes avec 400 réfugiés, et au milieu du village, une ancienne maison de retraite abritant une cinquantaine de jeunes scolarisés.

Ne nous étonnons pas que la xénophobie augmente, surtout parmi les chômeurs, les retraités vivant du minimum vital, et des ouvriers qui travaillent dix heures par jour.

Avec la guerre en Irak, attendons nous à avoir une avalanche de réfugiés pour combien de temps? Espérons que Genève ayant déjà son lot d'asilants, il ne lui sera rien demandé. Car il ne reste plus que les abris anti-atomiques.

Maria de Seimners

Général de quoi?

La nomination d'un futur chef de l'armée a suscité un certain nombre de questions. Et la première: comment se fait-il que Samuel Schmid ait choisi un aviateur pour occuper cette fonction? En fait, il eut semblé normal que notre chef du DDPS ait promu à ce poste un des quatre inventeurs de la célèbre Armée XXI. (Ce dernier aurait au moins dû assumer les insuffisances de la machine qu'il allait commander.) Ou plus normalement, pour-

quoi ne pas s'adresser au commandant d'un de nos Corps d'armée ayant fait ses preuves dans la conduite d'une grande unité multidisciplinaire?

En bon français (mais pas au Palais fédéral), le terme de général implique un «généraliste», l'oiseau rare recherché par toutes les entreprises et les milieux politiques du monde et notre Samuel choisit le spécialiste d'une discipline beau-

A quoi sert l'ONU?



On doit se poser des questions également concernant l'ONU. Il n'y a jamais eu autant de guerres dans le monde que maintenant. Ce sont de petites guerres initiées par des groupements révoltés qu'on affuble du titre de révolutionnaires, parce qu'ils refusent certains diktats prônant les plus démunis. Ces révoltes sont soutenues souvent financièrement par des multinationales dont les intérêts sont mis en danger par la trop mauvaise volonté de coopération des cito-

yens qu'elles cherchent à traire à leur unique profit. Un remake de la tyrannie esclavagiste du Moyen-âge.

Donc, l'ONU qui s'est mise en place pour justement éviter ce genre de situations, ne joue pas toujours le rôle qui lui a été imparti. Comment un tel organisme peut-il admettre en son sein que ses membres s'entre-tuent sans prendre des sanctions immédiates. Lorsque la Yougoslavie a été mise au pilori, les nations dites «civilisées et démocratiques» se sont levées comme un seul homme pour mettre de l'ordre, le Kosovo étant attaqué, idem. Il en fut de même en Af-

ghanistan, où les Talibans s'allièrent aux islamistes d'Al Qaïda, et la première guerre du Golfe a été légitimée après l'attaque de l'Irak contre le Koweït. Alors pourquoi l'ONU, aujourd'hui ne peut-elle pas agir contre les Etats Unis n'ayant aucune raison pour attaquer l'Irak, sauf de vagues soupçons terroristes et d'égoïstes intérêts strictement étasuniens?

Il s'agit d'un manque de courage et d'une apathie générale. Il s'agit aussi d'une incompétence innommable. D'un côté, les milliards du pétrole irakien servent à payer les fonctionnaires onusien et les chiens renifleurs en Irak, plus le

remboursement compensatoire des dettes onusiennes dues par les Etats Unis, qui ont toujours le droit de vote, et de l'autre l'interdiction à l'Irak de voter parce qu'il n'a pas payé son écot. A quoi bon lui voler ses milliards s'ils ne servent pas aussi à payer son «membership»? Nous vivons une époque irrémédiablement vouée à un chaos programmé, ceci pour le plus grand profit des forces occultes qui tirent les ficelles, cachées derrière d'innombrables sociétés secrètes et maçonniques. (Trilatérale, Fabian, Bilderberger, CFR, etc.)

Mary Meissner

Général de quoi?

Suite de page 13

coup plus axée vers le ciel qu'ouverte aux problèmes de l'ensemble des terriens.

Enfin, le leitmotiv de notre futur chef d'une formation (dont il admet - comme nous - qu'elle sera incapable de défendre le territoire national) est de «dépoussiérer l'armée». D'après-vous. Monsieur Keckeis, c'est quoi la poussière?

L'infanterie, l'artillerie, le génie? Dans ce domaine, vous ne paraissez pas très au courant: les objectifs de toutes les forces aériennes du monde ne sont plus les troupes de l'adversaire (avec le risque d'écooper d'un missile), mais bien toutes ses infrastructures civiles, avec ou sans «dommages collatéraux», «bavures» et autres débordements, pour le contraindre à capituler. Vous allez vous dépenser pour défendre l'Armée XXI avant la votation du 18 mai. Il est possible qu'à

cette date - matraquage fédéral aidant - le peuple suisse croie faire une bonne affaire en abattant la moitié efficace de son armée. En toute logique, cela pourrait être pour vous une victoire à la Pyrrhus, ouvrant largement la porte à une nouvelle initiative du GSsA, apothéose d'un travail si bien commencé. Combien de patrons ont mené leur entreprise au désastre par excès de confiance?

Jean-Pierre Margot, Neuchâtel

En parcourant la presse

Fausse cible

Une annonce de l'UDC fait bondir le parti socialiste qui perçoit celle-ci comme une remise en cause de la paix religieuse dans notre pays. De plus elle véhicule un message diffamatoire, car on voit sur cet encart publicitaire un musulman en prière sous un morceau de tissus en forme de croix suisse. On peut lire «finissons en avec le noyautage de notre culture et de nos traditions». Les socialistes vont déposer une plainte pénale contre les responsables qui s'expliquent en disant n'avoir voulu attaquer personne. Par contre l'UDC remet en question l'introduction récente de cours sur l'islam dans les écoles lucernoises. Les efforts d'intégration devraient se baser sur la tradition suisse. Tout cela est mal embouché. La France, elle, a trouvé une solution bien plus logique pour réussir l'intégration au système républicain en évitant des tensions. Désormais tous les imams fréquentant les nombreuses mosquées érigées sur le sol français, sont tenus de suivre des cours spécialisés pour leur apprendre ce qu'est la démocratie, la liberté pour les femmes, la monogamie, la mixité dans les écoles, etc. etc.

A quand les mêmes obligations en Suisse? Cela ne vaudrait-il pas mieux que des cours sur l'islam aux

élèves musulmans dans nos écoles, ces derniers étant de plus en plus nombreux?

Autre récrimination socialiste injustifiée

Le Tessin vient d'accepter un centre pour requérants d'asile difficiles ou qui sont en attente de jugement. Ce centre sera entouré d'un treillis de métal (pourquoi pas de fils de fer barbelés?) avec poste de contrôle à l'entrée, afin de freiner la petite criminalité et le trafic de drogue qui devient une menace pour notre jeunesse.

Pour les socialistes, toujours eux, ce centre provoquera des tensions. Je me demande pour qui? Trouvent-ils plus logique que les citoyens continuent à se faire agresser par des délinquants en liberté, créant déjà et depuis trop longtemps des tensions de plus en plus insupportables?

Merci Swissair et Nelly Wenger

Ne l'avions nous pas prévu et écrit maintes fois, que l'Expo.02 et les malversations des dirigeants de Swissair qui ont coûté à la Confédération trois milliards de francs,

devraient être remboursés par de nouveaux impôts. Ce qui est pire, c'est que le FMI appelle le Conseil Fédéral à garder son budget sous contrôle. La Fonds monétaire international demande un frein aux dépenses pour 2003 déjà, car 3 milliards représentent 0.8% du PIB.

Robert Corker, chef de la délégation du FMI demande que le gouvernement applique de manière pragmatique le frein à l'endettement et surtout ne pas présenter des budgets additionnels et revoir le plan de financement pour 2004. Le FMI avertit que les Suisses devront probablement payer plus d'impôts et les autorités n'auront pas le choix même dans cette période de récession et de dégringolade boursière.

Avec une guerre en vue, une hausse du prix du pétrole, l'appréciation du franc suisse, c'est la panacée. Monsieur Couchepin brandit déjà une augmentation de 5 points de la TVA! Oh! Suisse d'antan qui avançait lentement mais sûrement où vas-tu?

Assistance au suicide à l'hôpital

La polémique refait surface alors que la population vieillissante de-

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

Je désire m'abonner au «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

**Organe officiel des
Démocrates Suisses** **DS**

Secrétariat central:

Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 - 974 20 10
Fax 031 - 974 20 11
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch

Rédaction:

Démocrate Suisse
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 - 974 20 10
Fax 031 - 974 20 11
E-Mail:
sd-ds@bluewin.ch

En parcourant la presse

Suite de page 14

mande de plus en plus de considération pour faciliter le départ des personnes gravement malades et handicapées qui supplient de leur venir en aide, soient entendues Patrick Prognis, coprésident de la Coordination romande pour la vie, avance des arguments parfaitement illogiques et fallacieux. En prônant que la VIE ne nous appartient pas, il s'érige en chef adepte du totalitarisme refusant les principes des Droits de l'Homme qui exigent la liberté sous toutes ses formes, y compris celle de mourir dans

la dignité. Dire que l'enfant qui ne demande pas à naître, devient de ce fait redevable à Dieu pour cette vie, Bien suprême, va à l'encontre du bon sens qui, dans ce cas, donne le droit d'accepter ou de refuser ce cadeau.

Je suis d'accord avec ce point de vue tant que la vie est vivable et digne d'être vécue. Mais au moment où l'on perd son libre arbitre et que la souffrance devient intolérable, la miséricorde impose une solution. Les moyens palliatifs ne sont pas la panacée, et bourrer le malade en fin de vie de drogues diverses qui à la longue font plus de mal que de bien, est un moyen malvenu. *Octopus*

Nouvelles manigances des Etats Unis

Pour se concilier les bonnes grâces de la Russie qui donne des signes de rébellion contre les diktats de Washington concernant le grand enjeu de l'Irak, les délégués américains à l'OMC demandent une plus grande coopération avec ce grand pays. Par exemple l'ouverture aux services et à l'agriculture. On sait déjà que les services qui incluent l'éducation, l'électricité, les assurances et l'eau sont violemment critiqués par plusieurs pays tributaires d'échanges inadéquats, les résistances sont encore plus fortes s'agissant de l'agriculture.

N'est-il pas étrange que les Etats Unis ouvrent tout à coup les bras à la Russie? Qu'y a-t-il la dessous? Une alliance contre nature pour ennuyer l'Union européenne? En tout cas, dans ce jeu planétaire, la Suisse n'a rien à y gagner vu l'étroitesse de son territoire, et son agriculture est en grand danger.

Mais il y a pire. Nous avons déjà pas mal de poubelles dans nos assiettes! Lorsque l'on sait que les sols et l'air sont pollués par des dizaines de produits toxiques qui se retrouvent dans les fruits, légumes et céréales, est-il logique d'importer à grande échelle du blé russe contaminé aux retombées radioactives de Tchernobyl?

Après Minamata, Seveso ou Bophal sans compter toutes les contaminations de nappes phréatiques par le déversement de produits mortels ou l'écoulement létal provenant de tas d'ordures à ciel ouvert, a-t-on calculé le taux de DL (degré létal) dans nos assiettes? Après les déversements de nettoyants s'échappant des cuves de centaines de navires et les catastrophes comme la dernière en date du Prestige, sans compter les guerres qui ont envoyé par le fond des milliers de navires et de cadavres, les poissons que nous mangeons sont ils encore sains? Or dans tous les pays démocratiques, mais surtout totalitaires, il y a eu une négligence

énorme concernant la protection des sols, des eaux et de l'air que tout être respire. Plus les frontières seront ouvertes et plus les échanges de nourriture seront internationalisés, plus les êtres humains et les animaux seront malades et en danger de disparition.

Certains laboratoires se sont mis à chercher le taux de poison contenu dans ce que nous mangeons. Et le résultat est catastrophique puisque les cancers proviennent en majorité de ce que nous ingurgitons. Il y a un autre aspect plus dramatique auquel nos autorités n'ont pas pensé. Les OGM qui modifient les végétaux et les manipulations génétiques qui introduisent des gènes humains dans les animaux ou des gènes de végétaux dans les tissus vivants, sont en train de nous faire revenir en arrière au début des temps préhistoriques.

Il a fallu à la Terre trois milliards d'années pour organiser les génomes en plantes, minéraux et organismes vivants bien séparés les uns des autres et en cinq ans, les sorciers avides de fric ont réussi à chambouler l'ordre naturel. On trouve des cochons humanisés, des fraises-poissons, et des poules en coquetiers. Il y a des clones à la Dolly et les Raéliens clonent des humains. Pour des questions de gain toujours, les Monsanto, Novartis ou Nestlé ont réussi à stériliser les graines pour stopper leur renouvellement et croissance naturelle.

Nous entrons dans la zone danger de futures catastrophes. Pour le moment on vous dit que les doses de poisons divers ne sont dangereuses que prises en grandes quantités, mais que le corps humain supporte de faibles radiations ou empoisonnements. Alors cobayes que nous sommes, impuissants et devenant des marchandises à exploiter, avons-nous besoin de guerres pour nous détruire?

Mary Meissner

Bush est malin

Ce personnage fait la joie des journalistes en mal de copie, car il y a ceux qui l'insultent et ceux qui l'encensent. Moi je dis tout simplement que ce type est malin. L'économie de son pays étant mourante, et menaçant de ce fait directement les profits de son pétrole, il agit avec fracas la menace d'une guerre contre la nation actuellement la plus faible du Proche Orient, et la plus riche en pétrole, l'Irak, qu'il ne se gêne pas de bombarder au Nord et au Sud, jour après jour. Il l'étrangle avec l'aide «désintéressée» de l'ONU depuis 14 ans, assassinant ses enfants par la faim et le manque de médicaments, appauvrissant les citoyens en leur volant le produit de leur pétrole. Tout ce cirque cache la vraie raison qui est d'entraîner dans la chute prévisible de l'économie américaine criblée de dettes abyssales, le monde entier en un chaos indescriptible. C'est pourquoi il met sous pression l'ONU et les dirigeants de l'UE et autres pays asiatiques, car il pense vraiment: «Si je meurs tu meurs avec moi.» Donc, il espère à travers ses grands discours, faire peur au monde entier, comme il a peur lui même, car il n'est plus maître du destin des Etats Unis. Je ne dis pas que les autres raisons invoquées qui le poussent à vouloir la guerre à tout prix ne sont pas exactes, mais la principale est certainement d'empêcher l'écroulement économique du pays. Un tel cataclysme qui se prépare depuis l'ouverture des Bourses comme jeu de casino mondial, l'entraînera dans une chute programmée. Les sommes astronomiques qu'il demande au Congrès (un milliard par jour de guerre) sont en train de creuser la tombe de l'Amérique bushérienne et quoi de plus naturel pour son chef d'orchestre, de préparer la finale en un crescendo entraînant à sa suite toute la planète.

Genève, phare incontesté de l'«Überfremdung»

Ce terme honni par les citoyens du temps de Schwarzenbach qui prédisait une surpopulation étrangère incontrôlable, se précise dans le canton de Genève.

Le taux de chômage de 6.2% enregistré à Genève à fin décembre 2002 est non seulement le plus élevé depuis avril 1993, mais aussi le plus important de Suisse (3.6% en décembre dernier). Les frontaliers, eux, n'ont aucun souci à se faire. Ils sont à ce jour 35'496 à venir travailler à Genève depuis l'Ain et la Haute Savoie et nos autorités disent que si on fermait la frontière franco-suisse, la quasi totalité de l'économie genevoise s'arrêterait demain de tourner. A l'hôpital cantonal par exemple, plus de 40% du personnel est frontalier.

Si cela à l'air de bien fonctionner à Genève, c'est grâce aux commissions tripartites formées des représentants des syndicats, du patronat et de l'Etat. Elles étudient les demandes de permis de travail. Si la preuve est fournie qu'aucun chômeur genevois ne correspond au profil recherché, celles ci donnent à l'Office de la Main d'œuvre étrangère (OME) un préavis favorable. Dès le 1^{er} juin 2004, ce système disparaîtra grâce aux accords bilatéraux, et n'importe quel employé venant de l'U.E. et de l'AELE, aura les mêmes droits que les Suisses, chômeurs ou pas. Il n'y aura plus *seulement* 114'819 étrangers occupant des postes bien rémunérés, qui représentent la moitié du total des salariés, mais... Nous sommes entrés dans la phase finale de l'Überfremdung dont l'Action nationale avait peur. Je laisse au lecteur le choix du commentaire.

Mary Meissner

Le Pileri

Est-ce une blague?

Alors, Messieurs et Mesdames du Conseil national, et vous Monsieur Schmid et autres hauts gradés, comment saurez-vous que les avions américains qui passeront au-dessus de notre pays ne contiendront aucun armement destructeur? Ne savez-vous pas qu'avec l'informatique et l'électronique perfectionnée et miniaturisée, des armes terribles peuvent être facilement dissimulées? Que d'autre part, ces passages peuvent dissimuler des appareils photographiant tout notre territoire et chacune de nos maisons? Avec les exemples que nous avons des demandes réitérées émanant des études d'avocats américains pour nous soutirer de l'argent et par conséquent, l'or de la BNS, ne croyez-vous pas que nous pourrions être soumis par

la force à cracher au barillet? Nous serions soumis, comme les Serbes ou les Afghans à des menaces de destruction ciblée pour nous obliger à vider nos coffres! Lors de la guerre du Golfe, il y eut 18'000 passages d'avions de combat se dirigeant vers la zone du conflit. Là aussi vous ne comptez pas l'augmentation de la pollution de l'air!

L'Autriche et la France ont nettement refusé le survol de leurs territoires, alors que l'Italie refuse le transport ferroviaire d'armes américaines sur le point d'arriver à la base de Camp Darby près de Pise... Et nous, neutres par excellence nous accepterons outre les vols humanitaires ou médicaux, les avions de surveillance et de reconnaissance, même lourdement armés! Le survol de la Suisse n'étant pas le plus court chemin vers l'Irak, je demande à quel jeu pervers nous jouons! Sommes nous déjà dans l'OTAN sans le savoir? *Octopus*



Mutiges Österreich

Das kleine Österreich zeigt Rückgrat und trotz den mächtigen USA. Solange es keine ausdrückliche Ermächtigung durch den UN-Sicherheitsrat für seinen Irakkrieg gebe, werde man US-Truppen, die von Deutschland nach Italien verlegt werden sollen, an der Grenze abweisen, erklärte der österreichische Verteidigungsminister Herbert Scheibner. Die Alpenrepublik erlaube weder Durchfahrten noch Überflüge. US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld reagierte erbost und

warf Wien vor, mit dieser Entscheidung die Truppenverlegung um mehrere Tage zu verzögern.

Frau bedroht und angespuckt

**Solothurn,
aggressiver Schwarzafrikaner**

Vergangenen Samstag um 10.40 Uhr wartete im Westbahnhof Solothurn eine 65-jährige Frau mit ihren beiden Enkelkindern auf den Zug. Dabei konnte sie beobachten, wie ein Schwarzafrikaner nach einem Streit mit einem unbekannten Mann mit den Fäusten heftig gegen eine Verglasung schlug. Die Frau machte den Mann auf sein Verhalten aufmerksam, worauf er sie beschimpfte, mit dem Tod bedrohte und sie anspuckte.

Als der Zug im Bahnhof eintraf stieg die Frau aus Angst mit den Kindern in den hintersten Bahnwagen und der Unbekannte in den Wagen unmittelbar hinter der Lokomotive. Der Zug war noch nicht in Bellach angekommen, als der Afrikaner im Abteil der Frau auftauchte und sie wiederum bespuckte und verbal bedrohte. In Selzach verliessen die beiden Parteien den Zug, worauf der Mann verschwand.

Die unverzüglich eingeleitete Fahndung durch die Polizei blieb bis jetzt erfolglos. Der unbekannte Schwarzafrikaner ist ca. 180 bis 190 cm gross, hat schwarze, gelockte Haare, möglicherweise mit blonden Strähnen. Er sprach wenig deutsch. Als wichtigen Zeugen sucht die Polizei einen zirka 50- bis 60-jährigen, Dialekt sprechenden Mann mit dunkelblonden Haaren, der sich zur fraglichen Zeit im gleichen Zugabteil wie die Frau befand. (ng)

Aus Aargauer Zeitung

Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT

PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.-
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

www.schweizer-demokraten.ch

Alle gegen den Krieg!

Die übergrosse Mehrheit der Europäer und Russen durchschaut die Tricks psychologischer Kriegsvorbereitung und zeigt sich immun gegen den bellizistischen Bazillus. Wenn George W. Bush erklären lässt, er werde jetzt «Beweise» für den Besitz von Massenvernichtungswaffen in den Händen des Diktators in Bagdad vorlegen, dann fragen auch konservative Zeitungen in Europa ganz kühl: Warum taten Sie das nicht früher, Herr Präsident?

Die Mehrheit der Europäer weiss heute: Das erste Opfer eines Krieges ist immer die Wahrheit. In diesen Wochen erleben wir das Entstehen einer trans-

nationalen europäischen Zivilgesellschaft. Mit der klassischen Spaltung von linken Friedensfreunden und rechten Kriegstreibern hat die neue pazifistische Grundströmung in ganz Europa nichts mehr zu tun. Kirchen und Gewerkschaften, linke und national-konservative Wähler, Intellektuelle und Bürgerliche, Papst und Dalai Lama, Bischöfe und Laien sind vereint in ihrer Abscheu gegenüber dem zwangsläufigen Massenmord eines Krieges. Es wächst ein europäisch-ethischer Urinstinkt aus dem Humus des alten christlichen Gebots: «Du sollst nicht töten».

Bernhard Hess,
Nationalrat SD, Bern

Wer bei der Nationalhymne pfeift...

SD. Die Verhöhnung nationaler Symbole wie etwa das Verbrennen der Schweizerfahne anlässlich der Expo.02 ist hierzulande fast an der Tagesordnung. Und in Frankreich?

Dort besteht wesentlich grössere Aussicht, eine Stecknadel im Heuhaufen anzutreffen als auf einen Franzosen zu stossen, der die Symbole des Vaterlandes schmähen würde. Egal, ob er politisch rechts, in der Mitte oder links steht.

Gleichwohl hat die Nationalversammlung in Paris jetzt die strafrechtlichen Schutzbestimmungen für Trikolore und Marseillaise erheblich verschärft.

Mit bis zu einem halben Jahr Gefängnis muss rechnen, wer den Dreifarb der Grande Nation irgendwie beschimpft oder die Nationalhymne öffentlich verun-

glimpft, beispielsweise durch Pfeife, wenn sie erklingt.

Das neue Gesetz ist Bestandteil eines umfangreichen Pakets an Strafrechtsverschärfungen, das von der konservativen Regierung ins Parlament eingebracht wurde. Die Linken machen gegen viele der Bestimmungen mobil, wollen dagegen demonstrieren oder vor das oberste Gericht der Republik ziehen. Doch das schärfere Durchgreifen gegen Verächter der Nationalsymbole – das haben auch die Roten in der Nationalversammlung mitgetragen.

Anmerkung der Redaktion: SD-Nationalrat Bernhard Hess hat in der vergangenen Herbstsession eine Motion zum Schutz der Schweizerfahne eingereicht. Der Bundesrat jedoch lehnt diesen Vorschlag ab.

Das Ausländerstimm- und wahlrecht ist abzulehnen. Nur tatsächlich Integrierte, die zu mindest unsere Sprache einigermaßen beherrschen, dürfen eingebürgert werden. **Als einzige schweizerische Partei verlangen wir die Begrenzung der Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten. Wir tun etwas! Unterschreiben auch Sie unsere neue Volksinitiative!** Bestellen Sie bei den SD Unterschriftenbogen. Gegensteuer geben mit



Liste 7

Sie helfen uns am meisten, wenn Sie die SD-Liste 7 unverändert wählen!

SD 
Schweizer Demokraten

Regierungsrat: Rolf Boder

SD-Initiative unterschreiben:

aussereuropäische Einwanderung stoppen!

SD, Postfach 9103, 8036 Zürich

www.schweizer-demokraten.ch